

Volkswacht

für Schlessen · Organ für die werktätigen

Neue abendliche Jugendkundgebung im Schießwerder

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.35 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter Text 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechkonto: Breslau 58 52.

Abwärts 17 Pf. Anzeigen unter Verfammlungs- und Wohnungs- Anzeigen für die nächste Nummer Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückergeben. Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 3. November 1932

Nr. 259

Korruption und Stant in der SWP.

Die SWP. finanziert sich durch Schmutzblatt — Organisierte Opposition in der SWP. — Parteivorstand fälscht Abstimmung

Aus der SWP. werden merkwürdige Dinge bekannt. Wir seien in anderen Blättern Mitteilungen aus offenbar sehr gut unterrichteter Quelle, aus denen hervorgeht, daß in der SWP. wirklich reizende Zustände herrschen müssen. Wir haben ja schon öfter hier darüber berichtet, in wie viele Richtungen und Cliquen die kleine SWP. zerfallen ist und von den zahlreichen Austritten und Ausschlüssen, die dieses Häuflein Unglücklicher in dem ersten Jahr ihres Bestehens zu verzeichnen hatte. Neu ist uns aber noch, daß es

auch nicht wundern, denn das wäre doch wirklich allerhand, wenn die großen Vorkämpfer des Proletariats in der SWP. gleichzeitig die Herausgeber eines Schmutzblattes für das Berliner Nacht- leben wären. Ist das etwa die Methode, mit der man die „S.W.Z.“ finanziert?

Ist hier etwa das Geheimnis aufgedeckt, weshalb die „S.W.Z.“ immer noch besteht? Verdient man sich in der SWP. die zur Erhaltung der „S.W.Z.“ nötigen Zuschüsse durch Herausgabe eines Schmutz- und Schmutzblattes im Stil der Breslauer Wochenpresse?

Es ist interessant, daß diese Mitteilungen bereits vor einer Reihe von Tagen in anderen Blättern erschienen haben und daß bis heute die „S.W.Z.“ mit keinem Wort auf sie eingegangen ist, sie aber auch nicht zu dementieren gewagt hat. Jeder muß deshalb annehmen, daß die SWP. diese Nachricht nicht

dementieren kann, daß sie infolgedessen wahr ist. Danach steht also fest, daß der ganze Apparat der SWP. durch und durch korrupt ist und daß die SWP. mühsam über Wasser gehalten wird mit Mitteln, die aus einer sehr schmutzigen Quelle stammen. Angesichts dieser Tatsache muß man sich wirklich über die Freiheit wundern, mit der zum Beispiel Klaus Zweiling die SWP.-Presse anpöbelt, indem er behauptet, sie sei „nur bürgerlicher Journalismus“ und die „übteste Sumpfschlurpe des bürgerlichen Journalismus, der „Generalanzeiger“, das Boulevard-Blatt, und zu ihrem beneideten und nachgeahmten Vorbild geworden!“ Und die SWP. lebt von den Mitteln, die mit der Herausgabe einer ausgeprägten Schmutzpresse, mit der übelsten Sumpfschlurpe des bürgerlichen Journalismus, verdient werden! Was ist das?

So erweist sich wieder einmal daß der Weg der SWP. nicht nur ein ständiger Kampf zwischen fortgesetzten querulierenden Gruppen und Cliquen ist, sondern daß ihr Weg auch ein dauernder, nicht nur politischer und organisatorischer, sondern auch moralischer Niedergang ist und daß die SWP. längst im schmutzigen Sumpf geendet ist.

Der denkende Prolet wendet sich deshalb voll Ekel von diesem Parteipolitiker ab. Er steht und kämpft in der SWP. Er weiß, daß die SWP. der einzige Kampfboden für den Aufbau des Sozialismus ist und deshalb wählt er auch Sozialdemokraten, nämlich Liste 2.

Sobald wird uns mitgeteilt, daß Max Sehdewitz die Herausgabe des Berliner Vergnügungsblattes durch Mitglieder seiner Familie inzwischen zugegeben hat.

innerhalb der Partei seit einiger Zeit sogar eine organisierte, in verschiedene Ortsgruppen verteilte Parteioption

gibt, die untereinander im Lande Verbindung hält und ganz systematisch fraktionsmäßig vorgeht. So gibt z. B. die vereinigte oppositionelle Ortsgruppe der SWP. Berlin auch schon ein eigenes Mitteilungsblatt heraus, und in diesem Mitteilungsblatt kann man nun die schönsten Angaben über die wirklichen Verhältnisse in der SWP. finden. Da heißt es zum Beispiel in einem der Mitteilungsblätter der vereinigten oppositionellen Ortsgruppe der SWP. Berlin: „Die SW. (soll heißen Bezirksleitung, Red. der SW.) ist zu feige, auch die wahren Tatsachen mitzuteilen.“

Weiter erfahren wir, daß ganze Gruppen der SWP. es abgesehen haben, Wahlarbeit für Sehdewitz zu leisten und daß mit den Ausgeschlossenen sich zahlreiche Genossen, unter anderem auch Kurt Lehmann, solidarisiert, das heißt, die Partei-Sehdewitzens verlassen haben. Ferner erzählt man aus dem Mitteilungsblatt, daß

„der ehemalige KPD-Mitgliedsgenosse Karl Franz, der Schulbuchleiter der Partei, zusammen mit einigen SWP.-Funktionären bereits Verhandlungen mit Erich Schmidt von der SWP. und Franz Kuntzler wegen ihres Übertritts zur Eisernen Front geführt hat...“

Wie es in den Mitgliederversammlungen der SWP. zum Beispiel in Berlin aussieht, darüber erfahren wir aus dem Mitteilungsblatt der SWP.-Opposition folgendes: In Steglitz zum Beispiel habe der Genosse Köhler von der Bezirksleitung berichtet. Sein Bericht wird als eine einzige Polemik und Demagogie bezeichnet. Ueber Jehlendorf heißt es: Genosse Jura als Vertreter der Bezirksleitung wählte von Anfang an anstatt zu berichten... Der Erfolg dieses Berichtes war, daß ihm als Referent das Wort entzogen wurde. Von einer Versammlung der SWP. Berlin-Mitte (Belühlergäßchen) der Versammlung zwanzig) heißt es: „Auch hier geht alles drunter und drüber!“ Ferner wird mitgeteilt, daß zum Beispiel im Bezirk Halle-Merseburg sich die Mehrheit der Ortsgruppen der SWP. mit der Berliner Organisation solidarisiert habe.

Dann wird aber von der SWP.-Opposition dem Parteivorstand der SWP. vor allem der ungeheuerliche Vorwurf der Fälschung einer Abstimmung gemacht. In dem Mitteilungsblatt heißt es nämlich wörtlich:

„Im Parteivorstand der SWP. war auch keineswegs eine Mehrheit für eine eigene Liste vorhanden. Die Abstimmung ergab sechs zu fünf Stimmen dagegen. Was aber in die Öffentlichkeit drang, war ein anderes Ergebnis: Fünf Stimmen dafür, drei dagegen bei drei Enthaltungen. So steht die feste politische Überzeugung des Parteivorstandes aus.“

Das ist wohl der schlimmste Vorwurf, der einem politischen Gremium überhaupt gemacht werden kann und zeigt einen solchen Zustand der Verrottung und Korruption in der SWP., daß man darüber nur staunen kann. Danach kann es einem auch nicht mehr überraschen, wenn in Nr. 3 (bzw. Nr. 11) des Mitteilungsblattes der SWP.-Opposition vom 17. Oktober 1932 folgendes geschrieben wird:

„Nacht Schlag mit diesem verworrenen Haufen von Reformisten, Zentristen, Sektierern und politischen Abenteurern vom Schlage der KPD-Minderheit. Je eher, desto besser für Euch und das revolutionäre Proletariat!“

Wie gesagt, die eigenen Mitglieder der SWP. machen ihrem Parteivorstand den schwersten Vorwurf der Wahlkorruption und der Fälschung von Abstimmungen. Damit scheint aber die Korruption in der SWP. noch nicht voll erfasst zu sein. Man erfährt nämlich noch ganz andere Dinge über die SWP. Da gibt es z. B. einen

Wafflo-Berlag, der ein Organ für die Berliner Nacht- und Vergnügungswelt herausgibt. Und

dieser Wafflo-Berlag residiert ausgerechnet in demselben Haus, in dem in Berlin Sehdewitz residiert. Und nicht nur das, sondern der Wafflo-Berlag hat auch die gleiche Gesprächsnummer wie Max Sehdewitz.

Von diesem Wafflo-Berlag teilt allerdings die „S.W.Z.“ ihren Lesern nichts mit. Das kann einen

Papens Personalpolitik

Wie Korpsstudenten vorgezogen werden

In der „Deutschen Corpszeitung“ (Nummer 7, Oktober 1932) finden wir mit Stolz aufgezählt, welche „alten Herren“ der vornehmen studentischen Korps zu den von der neuen „autoritären“ Staatsführung Ernannten gehören. Wir finden da folgende Namen:

Der Ministerialrat Dr. Landfried (Rhenaniae-Strasbourg) zum Ministerialdirektor im preußischen Staatsministerium und zum ständigen preußischen Bevollmächtigten im Reichsrat.

Der Ministerialrat Dr. Surén (Teutoniae-Gießen) zum Ministerialdirektor im preußischen Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor Dr. v. Leyden (Palatia-Bonn) zum Senatspräsidenten beim preußischen Oberverwaltungsgericht.

Der Oberlandesgerichtsrat Frege (Wandaliae-Heidelberg) zum Oberverwaltungsgerichtsrat.

Der Regierungspräsident a. D. Rutscher (Sueviae-Tübingen) zum Oberpräsidenten in Königsberg.

Der Vizepräsident Thon (Rhenaniae-Strasbourg) zum Oberpräsidenten in Kiel.

Der Landrat Graf Degeferb (Saxoniae-Göttingen) zum Oberpräsidenten in Breslau.

Der Legationsrat Freitag (Sueviae-Freiburg) zum Gesandten in Lissabon.

Der Landrat Graf zu Rohau (Saxoniae-Göttingen) zum Vizepräsidenten in Kiel.

Der Oberregierungsrat Fehr v. Nordenflucht (Saxoniae-Göttingen) zum Vizepräsidenten in Magdeburg.

Der Regierungsrat v. Kottwitz (Saxoniae-Göttingen) zum Vizepräsidenten in Kassel.

Der Landrat Wadenzapp (Sueviae-Heidelberg) zum kommissarischen Vizepräsidenten in Gleiwitz.

Der Regierungsrat Rabe v. Wappenheim (Hasso-Borussiae) zum kommissarischen Vizepräsidenten in Erfurt.

Der Oberregierungsrat Reschmar (Saxoniae-Göttingen) zum Regierungsdirektor beim Vizepräsidenten in Berlin.

Der Landrat Mengel (Hasso-Borussiae) wurde mit der Vertretung des Vizepräsidenten beim Oberpräsidium der Provinz Brandenburg beauftragt.

Zur Vollständigkeit sei erwähnt, daß der Reichskanzler Papen und der Reichsinnenminister Freiherr v. Gans selbst „alte Herren“ der Corps Saxoniae-Göttingen, Borussiae-Heidelberg und Hasso-Borussiae sind.

Es ist also ganz wie in der Vorzugszeit: neben dem konservativen Parteibuch gilt nur noch das Mitgliederbuch eines feudalen Korps als Ausweis für Beförderungen!

Bayern erneut gegen Papen

Bayern macht Verfassungsbruch nicht mit

Bayern wirft Papen vor, daß er sein Wort nicht hält

Nach seiner Rückkehr aus Stuttgart hat Ministerpräsident Dr. Held am Mittwoch die Presse zu sich gebeten, um die Öffentlichkeit über die sachlichen Zusammenhänge des Konflikts zwischen der Bayerregierung und Bayern aufzuklären. Seine zum Teil sehr scharf formulierten Ausführungen ließen die Tiefe der Gegensätze erkennen, die für den Augenblick unüberbrückbar erscheinen.

Sunächst verwahrte sich Dr. Held gegen die Darstellung der Bayer-Presse, daß Bayern mit seinem Widerpruch gegen die jetzigen Maßnahmen die Reichs- und Verfassungsreform überhaupt sabotieren wolle.

Bayern bestimme nur eine solche Reform, die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgesetzt werden soll.

Die Reichsregierung müsse zunächst den Versuch machen, die Reform mit den dazu berufenen Organen, dem Reichstag und dem Reichsrat, in die Wege zu leiten. Erst wenn dieser Versuch gescheitert sei, könne die Frage untersucht werden, ob sich das Reich in einem solchen Notstand befinde, daß um der Erhaltung des Ganzen willen, die Reform über Verfassungsbestimmungen hinweg in Angriff genommen werden müsse. Auch vom bayerischen Standpunkt aus lasse sich durchaus eine Lösung des Dualismus zwischen Reich und Bayern denken. Allerdings müßte dabei die Grundforderung herbeigeführt werden, daß bei einer Verreichlichung Preußens oder bei einer Verpreußung des Reiches die anderen deutschen Länder aus ihrer durch die Verfassung garantierten Position nicht verdrängt und schließlich in ihrer Eigenstaatlichkeit abgesetzt werden. Mit aller Entschiedenheit müsse man sich

gegen die Behauptung wehren, daß das, was jetzt geschehen sei, nur ein Provisorium darstelle. In Wirklichkeit sei es das Kernstück der Reichsreform. Denn man wolle die Zentralgewalt im Reich als die einzige Staatsgewalt im ganzen Reich installieren und außerdem die Gemeinden reichsunmittelbar machen. Das heiße ganz eindeutig die Berufung des Herrn Papen. Das sei eine Reichsreform ganz zentralistischer Art und laufe auf eine Totalmacht der Länderwillens hinaus, gemacht von einem ganz kleinen Kreis von Leuten, deren Hintermänner man nicht einmal kenne.

Bayern werde sich in diesem Stadium des Konflikts unter keinen Umständen ausschalten lassen.

Ihm als bayerischen Ministerpräsidenten das Neben verboten zu wollen, scheine ihm ein Blis aus dem Osten, die russische Konzepte zu sein. Die automatische Folge dieser neuen Reichskonstruktion würde sein, daß alle Länder in eine viel schwächere Position hineingebracht werden und nicht mehr in der Lage wären, in den für sie unmittelbar lebenswichtigen Fragen mitzureden und mitzuentcheiden. Aus diesem Grunde lehne die bayerische Regierung jede Reichsreform mit dem Mittel des Staatsrechts ab und bleibe unbekannt auf dem Standpunkt der Selbstheit und des Rechtes.

Mit größter Entrüstung gesehelt Dr. Held die Methode der Papen und Gans, die der bayerischen Regierung wiederholt gegebene Versprechungen nicht gehalten hätten. Diese Versprechen, daß jeder Jungreisende der

Reichs- und Verfassungsreform mit den Ländern zu beraten oder mindestens sie zu verständigen, seien bis in die letzten Wochen hinein gemacht worden. Als dann am Donnerstag der vorigen Woche der kaiserlichen Regierung zufällig von außer her Berichte über die unmittelbar bevorstehenden Maßnahmen übertrugen wurden, sei ihrem Gesandten in Berlin jede Auskunft verweigert worden.

Das Allerhöchste aber sei gewesen, daß der Reichskanzler am Sonnabendnachmittag in der telephonischen Auseinandersetzung ihm unterstellt habe, mit dem Telegramm

der bayerischen Regierung an den Reichspräsidenten sei eine Hilfsstellung der Regierung Braun bezweckt gewesen. Das sei eine verächtliche Kampfesweise, erklärte Dr. Heib.

Zum Schluß erklärte der Ministerpräsident, daß die bayerische Regierung auch heute noch jederzeit bereit sei, über alle bereits getroffenen Maßnahmen, obwohl sie eine kaum reparable Degradierung der Länder bedeuteten, mit dem Reichskanzler zu unterhalten und die Möglichkeit einer Verständigung zu suchen unter der Bedingung, daß das Reich nicht von der Gewalt gebeugt werde.

Es wird vorgeschrieben, daß bestimmte Stellen als „künftig wegzufallen“ zu bezeichnen und im Falle ihres Bestehens nicht wieder zu belegen sind. Die Durchführung dieser Vorkehrung wird von der Aufsichtsbehörde überwacht, die ermächtigt ist, über bereits weggelassene Stellen als „künftig wegzufallen“ zu bezeichnen.

Regierung Braun gegen Papen

Die Reichsregierung hat zu der gestrigen Veröffentlichung der Regierung Braun, in der festgestellt wird, daß die Papen-Barone ihre Pflicht, die preussischen Staatsminister nach dem Leipziger Urteil wieder in ihr Amt als Staatsminister und als Landesregierung einzusetzen, bisher nicht erfüllt haben, eine offizielle Verlautbarung ergehen lassen, in der die von preussischer Seite stammende Feststellung als „irreführend“ bezeichnet und gelast wird, daß für die Reichsregierung eine Pflicht, die preussischen Minister wieder in ihre Ämter einzusetzen, nicht bestehe.

Papen quengelt und stichelt — aber tut seine Pflicht nicht

Die Reichsregierung hat zu der gestrigen Veröffentlichung der Regierung Braun, in der festgestellt wird, daß die Papen-Barone ihre Pflicht, die preussischen Staatsminister nach dem Leipziger Urteil wieder in ihr Amt als Staatsminister und als Landesregierung einzusetzen, bisher nicht erfüllt haben, eine offizielle Verlautbarung ergehen lassen, in der die von preussischer Seite stammende Feststellung als „irreführend“ bezeichnet und gelast wird, daß für die Reichsregierung eine Pflicht, die preussischen Minister wieder in ihre Ämter einzusetzen, nicht bestehe.

Das Reichsgericht besagt klar und eindeutig, daß ausschließlich die Regierung Braun als Landesregierung zu betrachten ist und die Minister wieder in ihre Ämter einzusetzen sind.

Das ist selbstverständlich voraus, daß ihnen auch entsprechende Befugnisse zustehen, während die Herren Kommissare nur vorübergehend, aber auch dann nur zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung die Amtsgeschäfte führen können.

Kommunisten kommen zur SPD.

weil die SPD. sie feig im Stich läßt

Königsberg, 2. November. (Eig. Drahtf.)

In Pauth bei Königsberg ist fast die ganze kommunistische Ortsgruppe zur Sozialdemokratie übergetreten.

Die Genossen stellten sich mit Recht von den kommunistischen Drahtziehern betrogen und dem Glend preisgegeben. Es handelt sich fast ausschließlich um Kleinrentner der Arbeiterfiedlung Pauth, die von den Kommunisten zu einer Mieterpartei aufgepuscht worden waren und sich daraufhin zu Tätlichkeiten gegen Polizei und Volkshilfsbeamten bei der Ermittlung hinreißten. In dem anschließenden Riesenprozeß wurden die Verführten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt und — wie bei den Kommunisten üblich, von der Parteileitung der SPD. ihrem traurigen Schicksal überlassen. Empört über das niederträchtige Verhalten der kommunistischen Führer suchten die bedauernswerten Opfer kommunistischer Verheugungspolitik Schutz bei der Sozialdemokratie.

Neue Rohheit von Hitlers Stab

Als Hitler zu einer Versammlung in Gummersbach mit seiner Autokarawane ankam, lenkte plötzlich ein Begleitwagen, der mit seiner SS-Garde besetzt war, ohne jeden ersichtlichen Grund in schnellem Tempo rasch am Rande des Bürgersteiges vorbei und die SS-Schlägergarde schlug mit einemmal Meter langen Keilpeitschen wahllos auf die dort stehende Menschenmenge, darunter auch Frauen und Kinder, ein. Die Burschen hatten es besonders auf die im Hintergrunde stehenden Reichsbannertrameraden abgesehen, von denen zwei ins Gesicht geschlagen wurden.

Eine Frau wurde so heftig über den Kopf geschlagen, daß sie zusammenbrach.

Das Ganze war das Werk weniger Sekunden. Die Burschen lauften nach dieser Tat ab. Die Versammlung in Gummersbach soll nach der Nazipresse von 30 000 Menschen besucht gewesen sein. Nach polizeilicher Schätzung waren jedoch nur 10 000 bis 12 000 anwesend.

Reichskommissar greift in die Kommunen ein

Weitgehende Verordnung zur Entrenchung der Vertretungs-Körperschaften

Die kommissarische Verwaltung in Preußen hat am 1. November auf Grund der Sparermächtigung durch den Reichspräsidenten vom 24. August 1931 eine Verordnung über die Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeindefinanzverordnung) sowie eine Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in den Gemeinden erlassen.

Nach der neuen Verordnung erhält der Gemeindevorstand bei solchen Beschlüssen der kommunalen Vertretungskörperschaft ein Widerspruchsrecht, die neue Ausgaben oder Mehrausgaben oder eine Verminderung von Einnahmen zur Folge haben und damit den Staatsausgleich gefährden. Weiter schließt sie bereits die Erörterung derartiger Anträge in den Vertretungskörperschaften aus, wenn den Anträgen nicht gleichzeitig ein geeigneter und sachlich zulässiger Deckungsvorschlag angefügt wird. Ferner wird die Verantwortung der Gemeindebeamten festgelegt, soweit sie bei Ausführung des Etats Zahlungen leisten, die den Haushalt überschreiten oder je weit sie Ausgaben vor Beschaffung der zu ihrer Deckung beschlossenen Einnahmen durchzuführen.

Im Interesse einer weitgehenden Anteilnahme der Bevölkerung an der kommunalen Finanzgebarung wird ferner angeordnet, daß in allen Gemeinden der Etats-Entwurf, der Etat und die kommunalen Rechnungen offen ausgestellt werden. Jeder wahlberechtigte Gemeindebürger erhält das Recht, sich Abschriften von den ausgelegten Dokumenten gegen Erstattung der Unkosten geben zu lassen. Ferner wird angeordnet, daß eine völlige Neuorganisation des kommunalen Rechnungsprüfungswesens erfolge. So soll künftig in den größeren Gemeinden ein besonderes Rechnungsprüfungsausschuss eingerichtet werden, dessen Unabhängigkeit sicherzustellen ist. In den kleineren Gemeinden soll die Rechnungsprüfung gleichfalls durch eine unabhängige Stelle, evtl. durch den Landrat erfolgen. Die Verordnung wird durch Einführung und Ausgestaltung des sogenannten Ertrag-

beschlusrechts die Eingriffe der Aufsichtsbehörde in Angelegenheiten der Gemeinden nach Möglichkeit beschränken. Es wird daher festgelegt, daß bei Aufstellung des Etats und sonstigen kommunalen Beschlüssen die Beschäftigung im Falle eines Verzuges der Vertretungskörperschaft zunächst dem Gemeindevorstand und gegebenenfalls seinem Vorstehenden übertragen wird. Erst wenn auch diese Stellen versagen, tritt das Verfügungsrecht der Aufsichtsbehörde in Wirksamkeit.

Die Stellenplan-Verordnung, die sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 stützt, erstreckt eine weitere Zurückführung des gemeindlichen Personalbestandes auf das unerlässliche Maß.

Beginnt in Deutschland die Sklaverei?

Ein Landrat führt gesetzwidrig den Zwangsarbeitsdienst ein

Wir berichteten kürzlich, daß verschiedenen jugendlichen Wohlfahrts-Unterstützungsempfängern des Landkreises Wittenberg vom Bezirksfürsorgeverband die Aufforderung zugegangen ist, sie sollten sich wegen Aufnahme von Arbeit beim freiwilligen Arbeitsdienst, und zwar bei dessen Trägern, Stahlhelm und Jungdo melden. In diesem Schreiben wurde angefordert, daß der Bezirksfürsorgeverband sich vorbehaltlos, wenn die Arbeit nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgenommen worden sei, nachzuprüfen, ob die Bedürftigkeit zur Zahlung der Unterstützung noch weiterhin anerkannt werden könne.

Deshalb durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Herz Be-

schwerde erheben und von unfähiger Stelle nach dem Gesetz zurückgezogen wurde, ist jetzt verschiedenen Jugendlichen der Weisheit zugegangen, daß die Unterstützungszahlung eingestellt wurde. In dem Schreiben heißt es u. a., daß den Arbeitslosen nur das Recht der Beteiligung am freiwilligen Arbeitsdienst die Möglichkeit gegeben worden sei, sich selbst den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Bei diesem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst, wie ihn der Reichsarbeitsdienst einzufließen läßt, sind 90 Prozent des Weges zum Zwangsarbeitsdienst bereits zurückgelegt. Es wird höchste Zeit, daß dem dafür verantwortlichen Landrat plausibel gemacht wird, daß für sein Vorgehen die gesetzliche Grundlage fehlt!

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender
Berechtigte Uebersetzung
aus dem Spanischen von G. H. Neuenhoff

„Bermundet?“ fragt einer.
Bianco bejaht. Er will ins Lazarett. Es ist nicht schlimm; er hat nur Hunger und ist müde. Der Feldwebel zuckt die Achseln und sieht ihn neugierig an.
„Ich werde Meldung machen. Wart!“
Soldaten kommen.
„Von A?“ — General S. hat sich eine Krage in den Schädel gejagt? — In Monte Arruit haben sie sich ergeben?
Dumme, sinnlose Fragen werden mit gleichgültigen Kaiserneugierde an ihn gerichtet, was den Geschehnissen alle Bedeutung nimmt und sie zu bloßen „dienstlichen Angelegenheiten“ Kampel.
Hier sind Truppen aus Ceuta und Tetuan angekommen. Die Mörser kommen nicht rein. Aber damit der Dienst halbwegs bequem wird, müssen mindestens noch dreißig Bataillone einrücken. Bei Nacht wird viel geknallt. Wenn da schon bist, kommst du ins Lazarett und bist sein raus!“ Der Feldwebel kommt zurück. „Los, Cerinjo! mach Meldung!“
Bianco geht auf ein Bett zu, das an einer Mauer lehnt; der dreieckige Eingang steht offen. Eine gewisse Verwirrung erfüllt ihn. Zum erstenmal tritt er gefahren vor einen Offizier. Soldaten und Offiziere haben jetzt viele gemeinsame Geheimnisse miteinander. Bianco sitzt sich in die Disziplin mit einem kalten Urteil darüber; er durchschaut die Sache fest.
„Bitte einzutreten zu dürfen.“
Ein Offizier ist weit zurückgelehnt in dem Stuhl da und sieht beim Licht seiner Tischlampe.
„Was?“
„Zur Stelle, Herr Leutnant!“
Der Offizier fährt mit dem Kopf auf. „Bist du nicht so blaß wie ein dämlicher Hund, was ist das für ein Gesicht?“

„Kannst du mich nicht? Kennst du Hauptmann Arnau nicht?“
Bianco sieht auf dem Feldbett einen Offizierswaffenrock mit Hauptmannswappen. Er rammelt: „Nein.“
Hauptmann Arnau lenkt jeder: „Kannst du mir nochmal vor die Augen, so laß dich an mich denken! Woran warst du?“
„Was, daß du raustommst?“
„Befehl, Herr Hauptmann!“
Bianco geht und hört wie der Offizier vor sich hindrummt: „Es ein dummes Fuder! — Kann man nicht mal den Kopf ausziehen?“
Der Lazarett-Arzt Alfonte Al liegt ziemlich weit. Bianco lagert sich vorwärts und sucht den Weg, auf den er sich nicht mehr recht befinden kann. Blödsinnig steigt eine Erinnerung in ihm auf, die mit dem Hauptmann zusammenhängt. Er hat ihn einmal in einem Kraftwagen gesehen und den mittraulichen, verängstigten Blick nicht vergessen. Endlich bemerkt er sich, daß er einer der Begleiter des Kommandanten war, der ihm bei Drins mit dem Biskolentolben die Finger zerquetschen hat. Sie sind also bis hierher gekommen und haben sich retten können. Bianco denkt mit zorniger Berachtung an den Vorfall.
Jetzt geht er zwischen stillen Bohnhäusern dahin. Vor einer Tür bewegen sich dunkle Gestalten.
„Allo los, Mädel, — wir sind nur zu dritt!“
„Sicher wieder so'n paar verdammte Zivilistenhunde, die uns zusehensamen sind! Wenn aufgemacht wird, bleibt aber kein Auge trocken!“
„Natürlich! Zivilisten! Geiern hätte ich Kunde. Da war waschentlich. — Junge, Junge! Wir schmiffen die Zivilisten aus drei Cafés raus. Reiz sehen, ob wir auch lebendig kriegen! Da sprangen sie zum Fenster raus!“
Der Sprecher wägt den Kopf vor Bergängen und fährt fort: „Das war ne Heh! Keine Freize!“
Die anderen lachen. Ein Kopf erstreckt auf dem Balken.
„Scheiß Sie Ruhe, meine Herren! Ich habe Ihnen doch schon gesagt, daß die Mädchen lächerlich.“
Bianco will vorbei. Er wird angehalten.
„Was soll das heißen? Kennst du Arnau nicht grüßen?“
„Ja hab keine Mühe auf.“
„Was sagste? Raus halten! — Stille, hand!“

Bianco gehorcht. Die Füße tragen ihn nicht mehr, der Kopf will ihm auf die Brust sinken, in den Ohren summt es ihm, er möchte ohnmächtig werden.
„Grüßt man nicht, wenn man keine Mühe aufhat?“
„Er will antworten, ist aber so vermisst, daß er im ersten Augenblick nichts herausbringt. Inzwischen kommandiert einer: „Rechts-um! Front! — Aufschritt!“
Bianco fängt an zu laufen, wie er es im Turnunterricht gelernt hat. Als er ein Stück gerannt ist, heißt es kehrt, so daß er wieder an der Gruppe vorbeigehen muß. Als sie hören, wie er leucht, und ihn taumeln sehen, lassen sie ihn in Ruhe.
„Der blöde Hund hint“, bemerkt einer.
Wiederum lachen sie.
Endlich langt Bianco im Lazarett an. Er tritt in einen großen, offenen Hof. Aus dem Hintergrunde kommt ihm eine Krankenpflegerin von der Treppe eines Pavillons entgegen.
„Was wünschen Sie?“ — „Was suchen Sie?“
„Ich komme... Ist das nicht das Lazarett?“
„Ja. — Was wollen Sie?“
„Ich bin verwundet.“
„Ah ja! — Haben Sie keinen Verbandkasten beim Bataillon?“
„Ja... war wohl einer da. Aber auch mal einer das Bataillon mit dem Plasterkasten!“
„Wie meinen Sie? — Wo kommen Sie her?“
„Von Arnau.“
„Kein Gott! — Ist es schlimm? Wir werden wohl den Arzt vom Dienst bemühen müssen, nicht wahr?“
Bianco kommt in ein kleines, kaltes Zimmer fast ohne Möbel; es erinnert ihn, er weiß nicht, warum an die Bürgermeisterei in seinem Dorfe, wo er auf Militärdiensttauglichkeit unterprüft wurde. Eine Landkarte hängt an der Wand, darauf steht eine Waage mit einer Waagschale. Der Hilfsarzt, jung und wohlbeleibt, steht ihm schweigend an: „Wo?“
Bianco zeigt die geschwollene Stelle. Sie gehen in einen anderen Raum. Wasserhahn, Waschbecken, weiße Handtücher, überall Spiegel. Bianco zieht sich aus und sieht im Spiegel, wie abgemagert er ist. Die Rippen zeichnen sich in gleichlaufenden Bogen ab; das Schlüsselbein steht wie zwei große Haken aus.
(Fortsetzung folgt.)

Der KPD - Verrat an der Arbeiterklasse

Wie die Kommunisten die proletarische Klassenfront zerstören

Die Zentrale der KPD betreibt den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse im großen. Ihre Parole: „den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie“ bedeutet die Fortsetzung der Spaltungstaktik, die Sabotage der Herausbildung einer geschlossenen Kampffront der Arbeiterklasse gegen die soziale und politische Reaktion. Was die Zentrale der KPD im großen betreibt, bejagen ihre Funktionäre im Lande im Kleinen.

Eine Fülle von Schurkenstreichen gegen die Arbeiterinteressen, von Lumpereien kleineren und größeren Stils ist die Folge der verräterischen Parole der KPD-Zentrale.

Dabei geraten die KPD-Funktionäre in höchst bedenkliche Nachbarschaft zu den Hiltzgardern.

Wir greifen zwei typische Fälle der Sabotage der einheitlichen Klassenfront

heraus. Im Saargebiet hatte Gewerkschaftssekretär Raub im Mitteilungsblatt des Einheitsverbandes in einer Betrachtung über die Kampfaussichten der Arbeiterklasse das Zusammengehen von SPD und KPD erörtert. Die sogenannte „Arbeiterzeitung“, das Organ der Kommunisten im Saargebiet, antwortet darauf: „Es gibt in keinem Falle ein Zusammengehen von SPD und KPD, auch nicht, wenn wir die akutesten Fragen auflösen, den Kampf der Bergarbeiter gegen den Kohlenabbau.“ Noch im akutesten Kampf, noch in der unmittelbaren Auseinandersetzung gegen den Klassenfeind geht den Kommunisten der Haß gegen die Sozialdemokratie über die Kampfinteressen der Proletariats!

In Wiskau in Sachsen, einem Arbeiterort in der Nähe von Zwickau, gibt es in der Gemeindeverwaltung eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Gemeinde hat einen sozialdemokratischen Bürgermeister, der jederzeit das Vertrauen der Arbeiterklasse genießt und deswegen von den Nationalsozialisten auf das heftigste bekämpft wird. Der Bürgermeister stellte sich zur Wiederwahl. Die Kommunisten aber zerschlugen die proletarische Mehrheit. Sie stimmten gegen die Wiederwahl — auf Befehl ihrer Zentrale und erzogen die Ausschreibung der Stelle. Sie haben damit erwiesen, daß sie nichts anderes sind als die Steigbügelhalter der Nazis!

Bei solcher Haltung der Kommunisten ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Nationalsozialisten ihre Hoffnungen auf die Kommunisten setzen. Die Nazis haben das richtige Gefühl dafür, wie sehr die verräterische Haltung der Kommunisten den Auftraggebern der braunen Kapitalisten nützt! In einer Naziverammlung in Peider bei Wschaffenburg sprach der Nazi-Landtagsabgeordnete Wohlgenuth aus Wschaffenburg, seines Zeichens Steuerpraktikant. Als er empfand, daß seine Deklamationen ohne Eindruck blieben, rief er aus:

„Wenn Sie schon nicht nationalsozialistisch wählen wollen, dann ist es besser, Sie wählen kommunistisch und nicht sozialdemokratisch!“

Wir haben es bei früheren Wahlkämpfen erlebt, daß prominente Führer der KPD, den Arbeitern zugewandt haben: „Wenn ihr schon nicht kommunistisch wählen wollt, dann wählt lieber Hakenkreuz statt SPD!“ Jetzt hören wir dieselbe Parole von der anderen Seite!

Diese Parole und der Haß, der daraus spricht, ehrt die Sozialdemokratische Partei! Aber muß nicht jedem ehrlichen Arbeiter die Schamröte ins Gesicht steigen bei dem Gedanken, daß die Parole der Zentrale der KPD, „den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie“ zugleich die Parole der Nationalsozialisten ist? Muß nicht jeder kommunistische Arbeiter das Vertrauen, das die Nazis in die KPD setzen, wie einen Faustschlag ins Gesicht, wie eine Enttäuschung empfinden?

Der Faschismus sucht die Bundesgenossenschaft der KPD, gegen die Partei der Arbeiterschaft, gegen die Sozialdemokratie, und die SPD. — gewährt sie ihnen!

Gibt am 6. November die Antwort auf diesen Verrat! Wählt sozialdemokratisch! Wählt Liste 2!

Menschenjagd an der Grenze

Anerkännte Brutalität eines polnischen Grenzbeamten

Am 30. Oktober wurde — wie die Oppelner Regierung in einer amtlichen Darstellung bekanntgibt — der Wälderlehrling Elnobter Popanda an der Grenze bei Sorowitz, Kreis Guttentag, von einem polnischen Grenzbeamten durch einen Karabinerschuß getötet.

Popanda hatte sich zum Besuch eines befreundeten polnischen Mädchens zehn Meter über die grüne Grenze begeben und war gegen 14 Uhr von einem polnischen Grenzbeamten überrascht worden. Auf Anruf des Beamten blieb er stehen, hob die Hände hoch und erklärte dem Beamten, er habe keine Schmuggelwaren bei sich, er möchte ihn nicht erschrecken. In dem Augenblick, als Popanda sich aber nach dem rückwärts von ihm stehenden Mädchen umschah, schoß ihn der polnische Beamte in den Rücken. Der Schuß durchbohrte den Körper des Popanda und kam unterhalb der linken Brustwarze wieder heraus. Die Kugel fiel auf

deutsches Gebiet. Popanda rollte in einen trockenen Graben und blieb schwerverletzt zirka 20 Meter von der Reichsgrenze entfernt auf polnischem Boden liegen. Der polnische Beamte gab dann acht Warnschüsse ab und legte sich zirka 30 Schritt von dem Verletzten hinter einen Baum in Anschlag, kimmerte sich nicht um den Verletzten und verhinderte, daß deutsche Jengen des Borfalls dem Verletzten die erste Hilfe brächte. Erst gegen 17 Uhr gelang es inzwischen herbeigekommenen deutschen Zollbeamten, durch lange Verhandlungen den Polen zu bewegen, zuzulassen, daß ein deutscher Zollbeamter den Verletzten notdürftig versand. Der Abtransport in ein deutsches oder polnisches Krankenhaus wurde verhindert. Nach Eintritt der Dunkelheit, gegen 19 Uhr, während zwischen den Beamten immer noch verhandelt wurde und während dessen sich eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, gelang es dem Vater des verletzten Popanda, den todwunden Sohn unbemerkt auf deutsches Gebiet herüberzuführen, ihn in einen Wagen zu laden und in seine Wohnung zu schaffen. Die ärztlichen Bemühungen kamen jedoch zu spät. Popanda starb gegen 20 Uhr.

Zu dem Lokaltermin am 31. Oktober wurde zwischen dem Landrat von Guttentag und dem Starosten in Lublin eine Einigung dahin erzielt, daß ein eigentlicher Grenzverstoß nicht vorläge, da Popanda die Grenze illegal überschritten hatte und auf polnischem Gebiet niedergeschossen sei. Die Angelegenheit wird ihre weitere Erledigung im diplomatischen Wege finden.

Nazi-Gewaltstreich in Eutin

Deutschnationaler Bürgermeister gewalttätig abgefecht

Der nationalsozialistische Regierungspräsident Hochmayer Eutin hat den Bürgermeister der Stadt Eutin den deutschen Nationalen Dr. Staffregen, seines Amtes entsetzt. Der Staffregen wurde am Mittwochmittag durch ein Kommando der Schwaubauer Ordnungspolizei unter Führung eines Polizeihauptmanns aus seinen Amtsräumen entfernt. Der Bürgermeister hat den Polizeihauptmann auf die Unrechtmäßigkeit seines Vorgehens hingewiesen und beim sächsischen Staatsministerium telegraphisch Beschwerde erhoben. Der Kreisvorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat in einem an den Reichsinnenminister gerichteten Telegramm um das Einschreiten des Reiches im Interesse von Recht, Ruhe und Ordnung gebeten.

Warum soll nicht, so bemerkt der „Vorwärts“, zu dieser Eutin der nationalsozialistischen Regierungslust für den Deutschnationalen Stoffregen recht sein, was für den Sozialdemokraten Georing billig gewesen ist? Warum soll nicht im heiligen Reich der Barone jedermann, der für den Augenblick über ein Stück „bewaffneter Macht“ verfügt, seinem im Amt befindlichen politischen Gegner auf den Hals rücken und ihn mit Waffengewalt für abgefecht erklären? Morgen kann ja der Abgefechtete vielleicht zu demselben Mittel greifen.

Reichsminister Wapen gegen alle

Das Kabinett der Barone unter der Führung des Herrn Franz von Wapen ist eine Regierung ohne Volk und gegen das Volk. Sie regiert bewußt gegen die verfassungsmäßige Vertretung des Volkes, gegen den Reichstag. Ihre neueste Haltung gegenüber der rechtmäßigen preussischen Staatsregierung wie gegenüber dem Lande Bayern zeigt, daß sie nun auch noch gegen die Länder, gegen den Reichsrat zu regieren gedenkt.

Die Art und Weise, wie das Kabinett der Barone das Leipziger Urteil ausführt, oder besser nicht ausführt, zeigt, daß sie gegen alle drei Kräfte zugleich, gegen das Volk, gegen den Reichstag und gegen den Reichsrat zu regieren gedenkt. Das heißt, gegen alle Kräfte, die nach der Verfassung die Träger der Volkshoheit sind. Diese Haltung des Kabinetts der Barone ist symbolisch!

Das Kabinett der Barone hat nach dem 20. Juli eine Politik des „Teile und herrsche“ gegenüber den Ländern versucht. Es hat Anstrengungen gemacht, um die süddeutschen Länder, namentlich Bayern, zu verträsten und zu beruhigen. Man hat den süddeutschen Ländern versichert, daß ein 20. Juli in Süddeutschland nicht beabsichtigt sei und niemals erfolgen werde. Man hat den Herrn von Versner mit tosenden föderalistischen Plänen auf eine politische Geschäftsreise nach Süddeutschland gesandt. Herr von Wapen ist selbst nach dem Süden gefahren, erst nach Stuttgart, dann nach München. Auch der Reichsinnenminister Freiherr von Gansl hat eine Reise nach Bayern unternommen.

Man hat in Bayern daraus den Schluß gezogen, daß man beruhigende und lindernde Versprechungen erhalten habe. Die Haltung aber, die das Kabinett der Barone gegenüber dem Leipziger Urteil einnimmt, die faustrechtlichen Gewalttheorien, die in den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen auf Grund des Leipziger Urteils konstruiert werden, haben in Süddeutschland tiefe Enttäuschung hervorgerufen. Man fühlt sich nicht nur enttäuscht, sondern geradezu getäuscht! Der bayrische Ministerpräsident Held hat dem in kräftiger Sprache seinen Ausbruch gegeben. Seine Politik gegen das Kabinett der Barone läßt erkennen, daß keineswegs eine politische Gleichhaltung zwischen der Politik der Reichsregierung und der Politik der bayrischen Landesregierung besteht, sondern ein sehr tiefer Gegensatz. Man argwöhnt in Bayern, daß das Kabinett der Barone die Länder der Reihe nach vergewaltigen will, und man legt sich beiseite zur Wehr.

Die Bemühungen des Kabinetts der Barone, den deutschen Süden stille zu halten, sind gründlich gescheitert. Die Geste von Stuttgart, die darin bestand, daß Herr von Wapen sich mit dem

bayrischen Ministerpräsidenten Arm in Arm photographieren ließ, übrigens sehr gegen den Willen des bayrischen Ministerpräsidenten, ist nun dahin. Ein offener Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ist ausgebrochen. Auf die Polemik Helbs antwortet das Kabinett der Barone mit der Erklärung, daß das Reich keine Beziehungen zu Bayern einschränken werde. Der politische Verkehr zwischen Berlin und München werde eingeschränkt werden, es werde kein weiterer Besuch des Reichsvertreters von Bayern beim bayrischen Ministerpräsidenten stattfinden. Das ist so ungefähr der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der derzeitigen Reichsregierung und dem bayrischen Staatsministerium. Das Kabinett der Barone sucht Feinde überall und findet sie überall, es verfährt nach der herkömmlichen aus dem Krieg bekannten Parole: Feinde ringsum mag es sein!

Der Chef des Kabinetts der Barone, Herr von Wapen, hat in seiner Münchener Rede verkündet, daß seine Regierung die Macht habe, ihre Pläne durchzuführen. Das Kabinett der Barone mag sich in dieser Auskunft wiegen, so lange die Mühlen des Rechts, die gegen seine Uebergriffe in Bewegung gesetzt werden, in langsamer Bewegung sind. Aber alles hat sein Ende! Auf die Dauer ist eine Reichsregierung unmöglich, die diktatorisch gegen die Länder, gegen den Reichstag und gegen das Volk sich zu behaupten versucht. Mit ihrer Nichtausführung des Leipziger Urteils ist das Kabinett der Barone an eine überaus gefährliche Grenze herangekommen.

Das Drama Reichsminister Wapen gegen alle wird nicht mehr viele Akte haben! Es wird sehr bald ein für Herrn Wapen sehr unerfreuliches Ende finden!

Früh übt sich —

11 jähriger Juntersohn klopft einen Arbeiterjungen über den Haufen

In Prausnik schoß der jüngste Sohn des Reichsgrafen von Lüttichau, Hannibal, 11 Jahre alt, ohne Grund und Ursache den reunjährigen Sohn des Arbeiterführers Paul Wüßig vom Ober-Dominium, das dem Vater des jugendlichen Schützen gehört, mit einem 6-Millimeter-Tesching in die Schulter. Da die Kugel ziemlich tief eingedrungen war, mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden. Der Schuß hätte aber auch unter Umständen tödlich wirken können. Was wird nun wohl der Herr Reichsgraf als Amtsvorsteher veranlassen, damit unmündige Kinder nicht verantwortungslos mit Schusswaffen hantieren? Oder ist etwa der Prausniker Scharenhorstbund, dem der Junge angehört, nach Naziart schon bewaffnet, um auf andersdenkende Kinder zu schießen?

Tod im „wilden Schacht“

Das furchtbare Elend der Arbeitslosen in der Wojewodschaft Schlesien treibt sie scharenweise zum wilden, d. h. unregelmäßigen Abbau in dicht unter der Erdoberfläche gelegenen Stollen, um wenigstens neben dem Hunger nicht noch bei vollen Händen erfrieren zu müssen. Da natürlich alle Vorkehrungen des regulär betriebenen Bergbaues fehlen, passieren dabei oftmals schwere, auch tödliche Unglücksfälle.

In einem solchen Notschacht bei Krassow sind nun wiederum zwei Arbeitslose von herabstürzenden Sand- und Gesteinsmassen verschüttet worden. Während es zu Hilfe eilenden anderen Erwerbslosen gelang, den 20jährigen Urbanski mit schweren Verletzungen lebend zu bergen, war sein Unglücksgefährte namens Stofka bereits tot, als man ihn ausgegraben hatte.

Unsere Kandidaten

für die Wahl am 6. November

- Paul Löbe, Buchdrucker, jetzt Redakteur, Berlin
- Carl Wendemuth, Metallarbeiter, jetzt Redakteur, Waldenburg
- Marie Ansonge, Textilarbeiterin, Nieder-Salzburg
- Kurt Pohle, Textilarbeiter, jetzt Redakteur, Striegau
- Max Ruffert, Steindrucker, jetzt Geschäftsführer, Breslau
- Dr. Otto Stammer, Redakteur, jetzt Volkshochschullehrer, Breslau
- Elfriede Bittner, Konfektionsschneiderin, jetzt Fürsorgerin, Breslau
- Wilhelm Przybilla, Maurer, Briesen, Kreis Brieg
- Oswald Kadler, Schlosser, jetzt techn. Reichsbahnobersekretär, Oels
- Georg Höher, Stellmacher, Breslau
- Ernst Berger, Berghauer, Gottesberg
- Dr. Franz Korn, Arzt, Steine, Kreis Breslau
- Gertrud Wöllmer, Hausfrau, Glatz
- Paul Tschöpe, Volksschullehrer, Breslau

Mach' Dein Kreuz im 2. Feld!

Reichstagswahl November 1932

1	Nazi	○
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Löbe + Wendemuth	+
3	KPD.	○
4	Zentrum	○



Wir sind stolz darauf unseren Kunden die besten Branntwein- u. Getreidekornmarken in Breslau verkaufen zu können!

Fache-Branntwein-Marken:	Fache-Getreidekorn-Marken:
Feiner Bresläuer <small>vollwertig durch Verwendung von Roggenkorn 25% Ltr. = Pl. 1.50</small>	Fache Weizenkorn <small>der berühmte alte Bresläuer Korn, unser Stolz 37% Ltr. = Pl. 2.30</small>
Feiner alter Bresläuer <small>der alte berühmte Bresläuer mit Getreidekorn 25% Ltr. = Pl. 1.60</small>	Fache Roggenkorn <small>die Elite-Qualität 37% Ltr. = Pl. 2.30</small>
Fache Edelmarke <small>mild, aromatisch durch Destillat und Roggenkorn 27% Ltr. = Pl. 1.80</small>	Fache Getreidekorn <small>unsere Standardmarke, was ganz Auslesen 37% Ltr. = Pl. 2.70</small>
Fache Kren <small>die führende Qualitätsmarke, saure, gehaltvoll durch Weizenkorn 37% Ltr. = Pl. 2.—</small>	Jagdkorn <small>(Doppelkorn), vollaromatisch, rassel, abenbärtig, führendes Markend. Kontinent. 47% 0,8 Ltr. in Original-Steinkrügen 2.60</small>
Fache Exquisit <small>pikant, mit durchdringendem Getreidegeschmack 38% Ltr. = Pl. 2.40</small>	

Preise ohne Flasche

Einfacher Branntwein ohne Getreidekorn wird von uns nicht hergestellt; wir stellen nur Qualitätsmarken her.

Abhilfe tut not

Aus dem annektierten Gebiet des Landkreises Breslau

Aus Ra n t h wird uns geschrieben: Die am 1. Oktober d. J. auf Grund des sogenannten Prachtigen Kreisreform erfolgte Zuteilung der Stadt Ra n t h zum Landkreis Breslau hat besonders für die hiesige Arbeiterschaft bisher nur ungünstige Begleiterscheinungen zur Folge gehabt.

So ist zum Beispiel die Säuglingsfürsorge und Beratungsstelle, die bisher vom Kreis Neumarkt unterhalten wurde, einfach aufgelöst worden. Die regelmäßige fachärztliche Kontrolle der Kinder, sowie der kostenlose Bezug von täglich 1/2 Liter Milch für Kinder bis zum Alter von zwei Jahren ist dadurch weggefallen. Die Tatsache, daß der Kreis Breslau bisher noch keinerlei Versuch gemacht hat, diese soziale Einrichtung von sich aus fortzuführen, bringt es mit sich, daß die Säuglinge zahlreicher erwerbsloser Arbeiter die "Segnungen" der Kreisreform spürbar am eigenen Leibe zu fühlen bekommen. Neuerdings wird überdies den Frauen hiesiger Wohlfahrtsempfänger Wochenbeihilfe und Stillgeber verweigert. Ungeheuerlich in ihren Auswirkungen sind außerdem die Schwierigkeiten, die dem hiesigen Wohlfahrtsempfänger im Krankheitsfall bereitet werden. Die Hinzuziehung eines Arztes oder die erforderliche Heberführung in ein Krankenhaus ist erst nach der sehr umständlichen Erlangung eines Krankenbescheines und nach erfolgter Prüfung und Genehmigung durch etliche Amtsstellen möglich. Daß diese Komplikationen geeignet sind, das Leben eines plötzlich schwer erkrankten Menschen zu gefährden, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Wann wird hier Abhilfe geschaffen?

0,05 Pfennige Hauszinssteuerfundung im Kreise Neumarkt

In Neumarkt lebt ein Erwerbsloser, der mit seiner Frau, die in der Krisenfürsorge steht, das fürstliche Einkommen

von 9,10 Mark in der Woche bezieht und davon im Monat rund 9,05 Mark Miete zu bezahlen hat. Er muß also rund ein Viertel seines "Einkommens" nur dafür bezahlen, daß er ein Dach über dem Kopf hat. Da in der Miete 2,17 Mark Hauszinssteuer enthalten sind, hat der Mann beim Vorliegenden des Grundsteuerausbusses Hauszinssteuerfundung beantragt und hierauf folgenden Bescheid bekommen:

Ihrem Antrag auf Gewährung von Hauszinssteuerfundung wird stattgegeben. Ab 1. Oktober 1932 ist Ihnen die in der vollen Höhe enthaltene Hauszinssteuer in Höhe von 0,05 Mark monatlich bis auf Widerruf gestundet.

Kataster-Direktor. G. Sprund.
Begründung: Unterschrift.

Der also weisheitsvoll beschiedene Antragsteller hat dieses weiterzige Entgegenkommen, ihm 5 Pf. pro Monat zum besonderen Erlaß zu funden, selbstverständlich mit großer Dankbarkeit zur Kenntnis genommen.

Borganie. Feuerfahrgang mit Einbrechern. Auf dem Dominium drängen nachts Einbrecher in den Schüttdöden und hatten bereits 17 Sack Getreide eingekleidet, als sie von den Dominialschweizern überrascht wurden. Sie ergriffen sofort die Flucht und gaben auf die bereits benachrichtigten Bewohner des Dominiums, die die Verfolgung der Diebe aufnahmen, Schüsse ab. Auf diese Weise gelang es den Tätern, unter Zurücklassung ihrer Beute unentdeckt zu entkommen.

Werb! händig für unsere Zeitung!

Baum, Pfänner, Klein und den Herren Renghammer, Radow, Schmidtman und Wilhelm. Die Inszenierung liegt in den Händen von Otto Dewald. Musikalische Leitung Hermann Weglar. Die Bühnenbilder sind von Prof. Wilbermann entworfen.

Opern-Gesellschaft im Stadttheater. Im den Fellaufführungen von "Don Giovanni", am 12. November und "Entführung aus dem Serail" am 13. November besondere Anziehungskraft zu verleißen, hat die Intendantin Güte bewiesen, und zwar Gertrud Calla und Hans Fideller von der Stadt. Oper Berlin und Kammerlag Besold Stene von den Staatskassieren München.

Opern-Gesellschaft. Komödie der Irrungen, in der Regie von Hans Kolbe, abendtäglich mit hübscher Ausstattung und lebhaftem Erfolg angenommen, gelangt täglich 20.15 Uhr in der Inszenierung von Martin Wagner und der Premierdarstellung zur Wiederholung.

Opern-Gesellschaft. Täglich 20.15 Uhr der große Schauspielerefolg "Donnerstag, 17. April" von Ludwig Jahn. Inszenierung Harry Wilson. Premierdarstellung, Sonntag 15.30 Uhr wird die erfolgreiche Kriminal-Groteske "Der Tiefpapiert" von Franz Cammerlohr nochmals zu kleinen Preisen gegeben.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute Donnerstag und die folgenden Tage wird nachmittags 4.30 Uhr und abends 8.15 Uhr die mit hübschem Beifall aufgenommene Operette von Oscar Straus: "Der Leichtgläubige" gegeben. Es wird immer wieder betont, daß die Nachmittagsvorstellungen ungleich und in der Abenddarstellung stattfinden. Die Preise bewegen sich am Nachmittags zwischen 0,50 bis 1,25 Pl. und abends zwischen 0,50 bis 2,50 Pl.

Die Kassenkasse im Reichs-Freibühnenhaus. Der Programmwechsel im Kabarett-Kabarett hat lediglich die Rolle, Kapelle Hümpert wiedergebacht, noch ausschließlich bestehen, die der geistreiche Fred Ebnit konterföiert und dies in einer bekürdigen Eigenart, die ihn zum Äniger geradezu prädestiniert. Große Klasse ist auch die amüsante Parodie von Georg, Luise und Otto Werdermeier. Die "Rebelle-Bar", "Kuffie" sowie die Donnerstags und Sonntags stattfindenden Langtees mit der langen Nacht bis 4 Uhr bewähren sich vorzüglich.

Öffentliche Wahlkundgebungen

in den Kreisen Breslau-Land und Neumarkt

Donnerstag, den 3. November:

Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost:

Margareth, Lokal Kindfleisch, 20 Uhr, Redner: Gen. Gabriel.

Freitag, den 4. November:

Alein-Kriegnik, Lokal Mogwiz, 20 Uhr, Redner: Genosse Bickmald.

Kattern, Lokal Tille, 19 Uhr, Redner: Genosse Frey.

Althofsch, Lokal Beinert, 20 Uhr, Redner: Genosse Dr. Korn.

Pohlanowich, Lokal S. Jansch, 20 Uhr, Redner: Gen. Kunert, M. d. L.

Kottwiz, Lokal Wolf, 20 Uhr, Redner: Genosse Steffen.

Koberwiz, Lokal "zur Krone", 20 Uhr, Redner: Genosse Wendenmuth, M. d. R.

Kajewiz, Lokal Blume, 20 Uhr, Redner: Genosse Schiffer.

Schmelwitz, Lokal Hentschel, 20 Uhr, Redner: Genosse Stala.

Bettlern, Lokal Berg, 19 1/2 Uhr, Redner wird noch bekanntgegeben.

Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost:

Kriehen, Lokal Burkan, 20 Uhr, Redner: Genosse Voigt.

Sonnabend, den 5. November:

Ranthe, Lokal "Marshall Blücher", 20 Uhr, Redner: Genosse Swalinzki, Breslau.

Wagnern, Lokal Rose, 20 Uhr, Redner: Genosse Seppel, M. d. R., Breslau.

Groß-Moschern, Lokal Guhl, 20 Uhr, Redner: Genosse H. Löbe, Breslau.

Steine, Lokal Grohoff, 20 Uhr, Redner: Genosse Prof. Dr. Ward, Breslau.

Kausse, Lokal Weidse, 20 Uhr, Redner: Gen. Schiffer, Breslau.

Schottwiz, Lokal Fritsch, 20 Uhr, Redner: Genossin W. W. Sorge, M. d. R. und R. Münchberger.

Olbern, Lokal Brunke, 20 Uhr, Redner: Gen. Kunert, M. d. L.

Neumarkt, Lokal "Gelber Löwe", 20 Uhr, Red. Oberpräsident S. D. Genosse Lüdemann.

Herrmannsdorf, Lokal Gasde, 20 Uhr, Redner: Genosse H. Frey.

Ottaschin, Lokal Grieger, 20 Uhr, Redner: Genosse Lippmann.

Grunau, Lokal Nebel, 19 Uhr, Redner: Genosse S. Stephan.

Priffelwitz, Lokal Kirstein, 20 Uhr, Redner: Gen. Kleinert, Kletendorf.

Pawelwitz, Lokal Bierhaus, 20 Uhr, Red.: Gen. Schiffer, M. d. L.

Marchwitz, Lokal Hülke, 20 Uhr, Redner: Genosse Kiech.

Schwidtz, Lokal Sarembe, 20 Uhr, Redner: Genosse Stala.

Dalitz, 20 Uhr, Redner: Genosse Wonneberger.

Porzendorf, Lokal Schuba, 20 Uhr, Redner: Genosse W. Kinner, Breslau.

Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost:

Zindel, Lokal Scheite, 20 Uhr, Redner: Genosse Voigt, Breslau.

Melischwiz, Lokal Schelenz, 20 Uhr, Redner: Genosse Dr. Korn.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174

Telephon 59060, 59061

Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-11 u. 16-18 Uhr

Melischwiz, Sonnabend, den 5. November, 19 Uhr, findet im Lokal Schelenz ein Konzert der Volksmusik des Reichsbanner Breslau statt. Anschließend Versammlung. Die Kapelle wird auch in der Versammlung mit.

Achtung, Ortsgruppenführer!

Ausweiskarten für Wahllokale sind im Büro entweder anzufordern oder Freitag und Sonnabend abzuholen.

Breslau. Alle Mitglieder der Eisernen Front (Partei, Jugend und Reichsbanner) Freitag, nachmittags 4 Uhr, bei Menke zur Flugblattverteilung.

Familien-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.
Am Dienstag, den 1. November, 15 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schloßer **Gustav Tesche** im Alter von 58 Jahren. 2216
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Freitag, den 4. November, 16 Uhr, von der Gierthschsen Kapelle II in Gräbschen.

Pfänder-Versteigerung

Am 17. November 1932, vormittags von 9 Uhr ab, findet in unserem Versteigerungssaal **Berliner Platz 2** die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten Pfänder gelbe Scheine bis Nr. 50998 (Möbel, Fahrräder, Betten, Wäsche, Anzüge usw.) statt. Versteigerungstermin AM 11.—
Verlängerungen von zu Versteigerungen fälligen Pfändern erfolgen an den beiden letzten Tagen vor der Versteigerung nicht.
Ueberträge aus den versteigerten Pfandgegenständen können innerhalb eines Jahres im Hochhaus am Hin 9/11, Zimmer 303, abgeholt werden, andernfalls diese in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen.
Breslau, den 2. November 1932.
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.
Saubert.

STADTTHEATER
Donnerstag, 20 bis 2.45
Abonnements-Vorstellung D 5
Der fliegende Holländer
Freitag, 18 bis gegen 23
Abonnements-Vorstellung C 5
Die Meistersinger von Nürnberg
Sonnabend, 20 bis geg. 22 30
Mitternacht

LOBETHATER
Täglich 20.15 bis 22.15
Komödie der Irrungen
GERHARD HAUPTMANN THEATER
Täglich 20.15 bis 22.15
Donnerstag, 17. April
Sonntag, 15. 30 Uhr
Der Tiefpapiert
SCHAUSPIELHAUS
Telefon 5830
Tagl. 2 x 16.30 u. 20.15 Uhr
Der letzte Walzer
nachm. 30. bis 2.50
abends 30. bis 2.50
Sonntag nachm. Abendpreise.

Betten
hochbillig
mit
je zwei Betten je Bett
Wolke-Bett
Kellnerberger Straße 15
Arbeitshofen
für alle Zwecke (Tag u. Nacht)
Brywaki, Kleinmarkt
125, Waldstr. 12

WAPPENHOF
Heute und morgen Freitag!
445 Uhr 330 Uhr
Perkeo, das maskinische Rätsel?
und 3 Uhr den Wappenhof 5215
vollständig neue Attraktionen.
Nachmittags 30 Pl., abends 50 Pl., einschl. Ball.

Schallplatten
Electrola
Odeon
Grammophon
Brunswick
Parlophon
Columbia
und an Deutschen
Sendern gespielte
Platten kauft man
bei
Felix Kayser
Ring, Am Rathaus, 26

Bettfedern
laufen Vertrauenssache streng reell u. preiswert in
der Böhmisches Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. Etg.
Kein Laden!

Nazi-Paradiese
in den Gemeinden
Berichte aus Koburg, Mecklenburg,
Braunschweig
Die neue Werbebroschüre
Preis 10 Pf.
Unser Aufbau!
Eine neue Kampfschrift.
Preis 10 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht
Breslau, Flursstraße 4
Proletariat! Essentiell die Hindernisse des
Sprachschranken! Lert die
Weltgeschichte Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

Moderne Küche
Stellig, mit Anwaich-
nich 135 RM.
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.
(neben Capitol)

Beräufte

Nußbaumschrank
billig zu verkaufen
Tischlerei Fürstenstr. 6

Kleine Anzeigen
Sind temperat gewise empfind-
liche Anzeigen von Vertikal-
Kaufgeschäften a. e. nur von
Breslau. Dort 5 Pfennig
- ten 6 Pfennig -

Damenfahrrad 25. Herr
fahrrad 24. evtl. Tauch
gutes Batteriergerät, Mühl-
gasse 5, Hinterhaus III. Hülls.

Kleine Anzeigen
sind in der
Volkswacht
billig
u. erfolgreich

Breslauer Nachrichten

Beamte bewaffnen Nazis Was sagen die Behörden dazu?

Wie ernst die Situation am 31. Juli gewesen ist, kann man erst jetzt so recht erfahren. Weit härter als man namentlich von Seiten der Behörden annahm, war die SA bewaffnet. Erst dieser Tage wurde uns bekannt, daß man in der Neuborsstraße sogar Gewehr mit Zielfernrohr (!) deponiert hatte, daß die SA vor allen Dingen mit neuen belgischen Pistolen bewaffnet war. Heute erhalten wir auch von verschiedenen Seiten die Bestätigung, daß die Nazitruppen damals vor der Wahl stets bewaffnet umherzogen. Eine solche Unterjochung solcher umherziehender Horden hätte mehr Waffen zutage gefördert als die sogenannte freiwillige Waffenabgabe. Hätte die Polizei weniger Arbeiterwohnungen nach alten Kavallerieideen, als die Nazis untersucht, sie hätte ganz andere Waffenfunde machen können.

Allerdings war zu einem schärferen Durchgreifen bei diesem nationalen Gesindel die Polizei nur schwer zu bewegen. Seit, nachdem so mancher Schleier gelüftet wurde, wissen wir auch die Gründe dafür. Man kann von der Polizei nicht gerade verlangen, daß solchen Landesratten Waffen abgegeben werden, die von einzelnen ihrer Beamten diesen Horden sogar geliefert worden sind. In den Händen von SA-Leuten befinden sich eine ganze Menge ausgeprobener Polizeiwaffen.

So wurde uns mitgeteilt, daß unter anderem ein Polizeihauptwachmeister Frick Scholz den Nazis Revolver besorgt hat und sich das Stück mit 10 Mark bezahlen ließ. In der hinteren Gasse des bekannten Naziladen-Cafés Geier in der Gartenstraße wurden nach der Polizeistunde (!) recht rege Geschäfte der Nazis mit Polizeibeamten getätigt. Auch von dem Nazi-Bandesrat Matijas ist uns bekannt geworden, daß er als gutbezahlter preußischer Beamter das Seinige zum Sturz dieses Staates mit beigetragen hat. So hat er kurz vor der letzten Wahl dem an der Ecke Garten-Schweidniger Straße stehenden nationalsozialistischen Zeitungshändler 20 Mark anverkauft, damit er sich „eine Pistole kaufen solle“.

Wir fordern von den maßgebenden Behörden, daß sie hier auf das entscheidende Durchgreifen. Es ist doch trotz allem bisher schon Erhebliches ein geradezu tolles Stück, daß sogar noch Beamte, die für das Wohl des Staates und dessen Sicherheit zu sorgen haben, Bürgerkriegsgewalt bewaffnen. Wir erwarten in beiden Fällen recht bald Bescheid zu erfahren, was gegen diese Beamten unternommen wird. Sonst müssen wir annehmen, daß sich die Behörden ebenfalls mit einer solchen Bewaffnung solcher Staatsumstürzler einverstanden erklären.

Mitglieder austausch zwischen SA und SPD Politisches Affentheater in der Nazifundgebung

Während abend gab es in der Jahrhunderthalle wieder einmal einen Nazitummel, der ein neues Gesicht trug, weil er unter der Flagge der NSD, das heißt „Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation“, stattfand. Diese Einrichtung soll sozusagen ein Gewerkschaftserfahrungen sein, und deswegen war die Sache auch recht proletarisch aufgezogen. 32 Postkontribulle, zumeist mit Anhänger, hatten erst einmal etwa 3000 Menschen aus der ganzen Provinz hereingebbracht. Dann machte man einen Einmarsch der Nazi-Gewerkschaftler. Diese uniformierten NSD-Leute stürmten nach Schluß ein in die Postautos. Was es da an Aufmarsch zu sehen gab unter den verschiedensten Berufsbezeichnungen, das waren meist SA-Leute in Zivil. Eine Gruppe, die einmarschierte, erregte besonderes Aufsehen, die war nämlich nach dem mitgeführten Schild von Beruf „SPD“. Aus einer belustigten Unterhaltung zweier Besucher hörte man folgendes Urteil: „Da kommt ja auch Kommune, das sind richtige Verbrechergestalten, mer von denen eins in die Presse kriegt, braucht nicht mehr zum Zahnarzt zu gehen.“ So wurden die teilweise mit roten Halsbändern geschmückten Gestalten, die von Beruf SPD waren, von Nazi-Beobachern beweiht. Ob es wirklich Kommunisten waren oder kommunistisch aufgemachte SA-Männer, ist nicht zu beurteilen. Da die SPD ihrerseits in ihren Versammlungen stets Nazis aufmarschieren läßt, beruht diese Liebeserzählung von neu überzeugten Anhängern jedenfalls auf Gegenseitigkeit.

Rechtsanwalt Nagel, der neu in Breslau aufgetauchte Konkurrent des Herrn Reibitz, der seine Qualifikation als Parteibuchbeamter bereits erbracht hat, indem er 1919 vom Zentrum zur Sozialdemokratie kam, um Landrat zu werden und es auch in Neudeode geworden ist, redete. Er erzählte zwar nicht, wie und warum er von seinem Landratsposten wieder verabschiedet wurde, denn dann hätte er ja sagen müssen, daß unter dem System Braun-Sepering nicht das Parteibuch, sondern die Qualifikation für einen Landratsposten maßgebend war. Er meinte recht gemüht: „Wenn es uns schon schlecht gehen soll, dann soll es uns allen schlecht gehen und wenn wir schon alle nur noch ein Hemde haben, dann muß es wenigstens ein braunes sein“.

Dann kam Graf Reventlow. Man muß die Reinen seiner Rede genießen, um sich ein Bild zu machen, wie inbald das Geschwafel war. Bapen vertritt die von Gott gewollte Ordnung, er scheint also gute Beziehungen zum lieben Gott zu haben und ist offenbar Generaldirektor Gottes. Alle Erregungen seit 1924 gehören vor einen nationalsozialistischen Staatsgerichtshof, denn mit dem jetzigen ist nicht viel Staat zu machen. Niemals bestand sich in Deutschland das Geld in so wenigen Händen, und niemals hat das Volk so Not leiden müssen, als seit der Zeit, da die SPD in der Regierung ist.

Der „Hg.“ Schwerindustrielle ist in der Wahlzeit nicht beliebt

Wenn eine „Arbeiterpartei“, die auch Schwerindustrielle als Mitglieder und Parteigenossen aufnimmt, in den Wahlkampf zieht und dabei die Parole „gegen die feinen Leute“ auf ihre Fahne schreibt, muß sie zum Schindluder greifen, um einigermaßen durchzukommen. Selt Schönfelder, die Breslauer Größe, macht das auf eigene Art. Obwohl er Reichstagsabgeordneter und besoldeter Parteigenosse ist (auch dem Begriff der Nazis also ein Bonus), deklariert er sich treu und hieder als Arbeiter. Trotz dieser Ausmaßung konnte er dieser Tage bei einer Wahlversammlung in Tschansch in einem mehrere hundert Personen fassenden Saale allerdings nur ganze 30 Zuhörer müßeln. Wenn sich Selt Schönfelder aber selbst als Arbeiter deklariert, dann muß er seinen „Hg.“ Tschansch, den in ganz Deutschland bekannten Schwerindustriellen auch etwas umgarnen und das macht er, indem er ihn vollständig aus der Mitgliederliste streicht und zum bekämpfenswerten „Industrie-Kapital“ befördert. Seltlich hat nämlich eine Proklamation mit dem Titel „Der neue Kurs“ verteilt lassen und in diesem Stück Schimpf und Mißgunst über den Herrenklub los, dessen Mitglieder er teilweise aufzählt. Er geniert sich gar nicht, seinen „Hg.“

Weg mit diesem nationalen Lumpengefindel!

Es gibt keine Gemeinheit, die nicht im Namen des „nationalen erwachenden Deutschlands“ gemacht wird - Lassalles Grab besudelt - Gemeine Verleumdungen der Deutschnationalen Dörzburger unter sich

Mit viel Pathos ist vorgeföhrt in der Hugenberg-Versammlung und gestern wieder in der Nazi-Rundgebunga das „neue Deutschland“ herausgestellt worden. Was wir aber bisher und in diesem Wahlkampf besonders von diesen Seiten erlebt haben, steht in diametralem Gegensatz zu ihren großsprecherischen Reden. Jeder nur halbwegs anständige Mensch wird sich bedanken, einmal ein solches Reich von dieser Seite besichert zu wissen. Denn in diesem „neuen Deutschland“ zu leben, wäre schlimmer als unter der schlimmsten Fremdherrschaft. Der schlimmste Feind Deutschlands hat selbst in Kriegzeiten keinen feigen Massenmord propagiert, wie es in ihrem Blutbad diese Erneuerer geföhrt haben, da hat man dem Gegner immer noch mehr Achtung entgegengebracht, als es bei diesem sogenannten nationalen Lumpengefindel der Fall ist.

Die menschlichen Überreste des großen Erweckers der Arbeiterklasse ruhten 68 Jahre auf dem jüdischen Friedhof in Breslau, damit sich erbärmliche Schmierfinken fanden, die das von der sozialistischen Arbeiterschaft wertgeschätzte Grab schändeten. In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch ist die Grabstätte Ferdinand Lassalles von nationalsozialistischen Grab-schändlern mit roter Farbe bemalt worden.

Bekanntlich bilden bei dem jüdischen Friedhofe in der Lohestraße die Denkmalsrückseiten gleichzeitig die nach der Straße gelegene Friedhofsmauer. Die Grabstätte des ersten großen deutschen Organisations der Arbeiterklasse hat an der Denkmalsrückseite eine Inschrift „Grabstätte Ferdinand Lassalles“ so daß auch von der Straßenseite das Grabmal erkenntlich ist. Trotz der an Zahl riesigen Gegenseitigkeit Lassallescher Ideen um die Zeit seines Todes, trotz des häufigsten Klassenbewußter Proletariats in Breslau, das sich damals noch nicht einmal offen zu ihm bekannte, ist es den Wiberstehern der von Lassalle ins Volk geschleuderten Lehren nicht eingefallen, sich als Schänder seines Grabes zu betätigen. Das ist einer „Arbeiterpartei“ vorbehalten geblieben, die sich überdies noch „sozialistisch“ nennt. 68 Jahre nach seinem Tode bringen diese „Sozialisten“ in Form einer Grab-schändung ihre geistigen Argumente gegen den Schöpfer der heute mächtigsten Arbeiterbewegung zum Ausdruck.

Die Grab-schänder brauchten zu ihrem schmutzigen Handwerk auch die Rückseiten der beiden benachbarten Denkmäler. In 40 bis 50 Zentimeter hohen Buchstaben haben sie die Lösung: „Nur Siff 1 macht dich frei!“ angeschmiert. Neben ihre Propagandasubtilität malten sie noch ihr Patentreuz.

Besser konnten die angeblichen Sozialisten ihren Zorn über die auch mit Hatentrennmalereien nicht zu erschlagende Idee des Erweckers der Arbeiterklasse nicht zum Ausdruck bringen. Wenn sich das Proletariat jenseits der Grenzen über die „sozialistische“ Bewegung, die im Gewande einer Arbeiterpartei auftritt, noch im unklaren war, so wird es durch die Schändung des Grabes Ferdinand Lassalles die eindeutige Klarheit über den Begriff „Nationalsozialismus“ erhalten.

Dieser Wahlkampf nun hat das Gute, daß er auch einmal

anderen Kreisen gezeigt hat, wie es sich mit dieser Sorte „Nationalen“ bestellt ist. In einem Bericht, den die hiesige Nazizeitung über die Hugenberg-Versammlung gebracht hat, heißt es:

„Es lohnt sich nicht, auf die Ausführungen des Herrn Hugenberg einzugehen. Auf der Bühne stand ein kleiner, häßlicher Zwerg, der eine von Reich, Verdröhungen und niedrigem Niveau gekennzeichnete Rede gegen die Nationalsozialisten hielt. Es kam einem etwas wie Scham hoch, daß über diesem jammervollem Schauspiel die alte schwarz-weiß-rote Kriegsflagge wehte.“

Daß aber beiseite das deutschnationale Blatt, die „Schlesische Tagespost“, keinen Dreck besser ist, beweist uns nur eine Stelle aus einem Aufsatz des Herrn Dr. Stecher-Breslau — wir nehmen wohl mit Recht an, daß es sich um den früheren deutschnationalen Stadtverordneten und Berufsschuldirektor handelt —, wo in einer verleumdnerischen Weise gegen uns hergezogen wird, wie wir es besser nicht auf einem Nazi-Flygblatt finden können. Nur ein Abschnitt sei herausgegriffen:

„Denken denn diese Herren nicht daran, daß sie, sie allein es gewesen sind, die durch ihren Verrat im Weltkrieg im Bereich mit dem Zentrum den Grund für alles kommende Elend gelegt haben? Daß sie und das Zentrum Deutschland durch ihre Unterzeichnung unter den Versaillescher Schandvertrag zu einem Sklavenlande gemacht haben? Wissen sie es nicht mehr, daß sie es gewesen sind, von denen die Sozialversicherung verschlagen wurde, wodurch sie die Arbeiterklasse auf das Empfindlichste geschädigt haben? Haben sie es vergessen, daß sie zusammen mit dem Zentrum es gewesen sind, durch die die grauenvolle Arbeitslosigkeit von Neben Millionen Menschen entstand und damit der Hunger, Jammer und das Elend im ganzen Lande? Haben sie nicht ein brennendes Schamgefühl darüber, daß sie das Volk zu Almosenempfängern erzogen haben, in ihm jedes Gefühl für Selbstachtung, Anstand und Sitte eröteten? Unter ihrer Herrschaft ist der Wohlstand bis auf den letzten Rest im Mittelstande nicht nur, nein, überall vernichtet worden. Sie haben die Bonzenwirtschaft mit all ihrer Bekanntheit vernichtet und arrohgezogen und die Führer haben sich nicht getraut, Hand in Hand mit offensichtlichen Betrügern zu gehen. Sie haben ein schmerzliches Wohlsein geküßelt, während sie dem Volke durch überhohe Steuern den letzten Pfennig aus der Tasche zogen. Laviende und aber Laviende haben sie durch ihre dilettantische Regierungsführung an den Bettelstab gebracht. Laviende von Selbstmorden haben ihre Verfehrtheiten verschuldet.“

Solche Gemeinheiten magt nun ein solcher deutschnationaler Kluntner zu schreiben, der jetzt geistert durch eine hohe Position im Normen Rat und der noch keine Not gekannt hat. Allerdings, eines Herr Stecher, ist von uns 1918 verurteilt worden, nämlich jenes zu tun, was uns, immer fälschlicherweise nachgelagt wurde, reiflos mit dem reaktionären Gesindel aufzuräumen. Es läßt heute besser aus um Deutschland.

Kämpfer gegen Freiheitsfahnen

In der Nacht von Sonntag zu Montag pilgerte sich eine düstere Gestalt an unser Gewerkschaftshaus heran und gab sich redlich Mühe, an die Fahnen heranzukommen. Die Polizei konnte jedoch diesen eigenartigen Klassenkämpfer gegen unsere Freiheitsfahnen erwischen, ehe er zum Ziele kam. Er wurde als der 27jährige launmännliche Angestellte Rudolf Fromm aus der Holteistraße 24 festgesetzt.

Wir sind neugierig, ob die Staatsanwaltschaft dem Burtschen eine entsprechende Belegung darüber zuteil werden lassen wird, daß man ungestraft keine sozialdemokratischen Fahnen von den Fenstern abreißen darf.

Sanktenkreuz am Stahlhelm

der musikalische Morgengruß des Rundfunks
Man sollte es nicht für möglich halten, in welcher eindeutigen Weise der Rundfunk trotz Ausrichtung der Parteiführer-Reben natürlich einseitige Propaganda macht. Heute schloß die im Leipziger Sender spielende Kapelle aus Halle mit dem Stahlhelm-Marsch von Seiffert, den als Morgengruß auch der Breslauer Sender übernommen hatte. Mit „Sanktenkreuz am Stahlhelm“ wurde das heutige Programm sicher nicht zum Vergnügen der republikanischen Bevölkerung eingeleitet. Für ein vernunftbegabtes Wesen wird es immer mehr zur Qual, diese von solchen nationalen Bananen und reaktionären Papenheimern mißbrauchte Kultureinrichtung noch weiter zu benutzen.

Spende zur Winterhilfe

Die Firma Schuhwarenhausgesellschaft Klausner, Ohlauer Straße 5/6, nimmt an der diesjährigen Winterhilfe wie auch im vorigen Jahre wieder regen Anteil und hat ab 20. Oktober täglich drei Gutscheinhefte, enthaltend je vier Gutscheinstellen, die durch den Breslauer Sozialen Frauendienst, Gruppe Gemeinnützige alkoholfreie Speiseanstalten, zur Ausgabe gelangen, übernommen. Durch diese Liebesgabe können täglich zwölf Personen den Winter über in den Gaststätten des Breslauer Sozialen Frauendienstes gespeist werden.

Der Druckfehlerteufel

hat uns in unserer Dienstausgabe im Bericht über die Rundgebung des Bundes religiöser Sozialisten wieder einmal einen lästigen Streich gespielt. Im dritten Absatz hieß es da: „Diesen Kampf führt der Bund religiöser Sozialisten, dem nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten und SA-Anhänger angehören.“ Es geht ja schon aus dem Sinn des Satzes hervor, daß SA-Anhänger gemeint sind.

Mäuserische Breslau.

Alle Mitglieder treffen sich am Freitag, pünktlich 19.30 Uhr, am Süd-Eingang der Jahrhunderthalle zur Löde-Rundgebung.

Famulus-Bericht für Volksbildung

Unsere nächsten Veranstaltungen sind Sonnabend, den 5. November, Pilschbergerstraße, Oberrealgymnasium, Kaulen-Block: „Komm, ich zeige dir Holland“; Sonntag, den 6. November, Felterer Abend, Konrad Thoms (Pöngel-Kudl) Berlin; Sonnabend, den 12. November, Vortragabend Ludwig Hacht: Berlin Kinder, Kinder! (Das Kind und der Halb-wüchsig in der Dichtung: Eltern und Kinder); Sonntag, den 13. November, Vortragabend Ludwig Hacht: Berlin: „Anekdoten und Späße“, anschließend auf vielfachen Wunsch Schauspielereportagen. Eintrittskarten zu allen Veranstaltungen Paroch, Hainauer und Geschäftsstelle, Sadowastr. 60, daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Zente verteilt Nemter

Im Faß-Bauschank in der Neuborsstraße war Nazi-Zente gestern beim Nemterverteilen. Er war in redseliger Stimmung und erzählte, er habe den Stoebe-Bund der Kriegserlebten mit Haut und Haaren aufgetrieben. Vier Wochen lasse er ihm noch Zeit zum Leben, aber nach der Wahl sei es aus damit.

Schließlich kam er auf das Nemterverteilen zu sprechen. Er hat zurzeit ein Amt zu 170 Mark und eines zu 450 Mark monatlich zu vergeben.

Ja, das kann der Zente, wenn er spät abends redselig bei Faß-Bauschank, Unterres Wissens sind aber nach der Wahl bei den Nazis keine Nemter mehr zu vergeben, es wird vielmehr überall abgebaut, weil die Geldgeber streiken.

Heraus mit unseren Fahnen!

Neben den Freiheitspfeilen helfen uns auch unsere Fahnen im Wahlkampf. Wieder erheben wir den Ruf: Heraus mit unseren Fahnen! Überall, wo Freunde unserer Sache wohnen, muß wieder die rote Fahne mit den Freiheitspfeilen erscheinen. Auch die Fahnen der Republik können gezeigt werden; es genügt, wenn sie von der Hausfrau mit Freiheitspfeilen besetzt werden.

Heraus mit unseren Fahnen! Wir dürfen die Straßen und Plätze, die Häuser und Dachgiebel nicht unseren Gegnern überlassen. Wir dürfen nicht dulden, daß unsere Gegner mit ihren Spitzbölen die Öffentlichkeit beherrschen. Es muß dem ganzen Volke gezeigt werden, daß es viele Bekenner von der Eisernen Front gibt, die jederzeit bereit sind, ihre Einstellung öffentlich und mit Nachdruck zu zeigen.

Je weniger Freiheitsfahnen zu sehen sind, um so mehr erregt der Eindruck, als ob es nicht genügend Freiheitskämpfer gäbe. Je mehr aber Freiheitsfahnen gezeigt werden, desto sichtbarer wird die Tatsache, daß es in Deutschland viele Menschen gibt, die für den Frieden, für Freiheit und Sozialismus kämpfen.

Unsere leuchtenden roten Fahnen mit den Freiheitspfeilen müssen die Vanden zum Kampfe rufen, sie müssen die Wankelmütigen für uns gewinnen und sie müssen die Kämpferinnen und Kämpfer zu unserem Kampfe anspornen. Jede Freiheitsfahne aus jedem Fenster ist ein Gruß an die Freiheit, sie ist ein Bekenntnis zum entschlossenen Kampfe um den Sieg des Sozialismus.

Jede Freiheitsfahne ist ein Gruß an alle die, die Tag für Tag für die Freiheit kämpfen, die ihre freie Zeit opfern im Kampfe gegen die soziale und politische Reaktion, die das Reich heute schon „erzittelt“, die deutsche Arbeiterschaft wieder zu entmenschen und zu verfluchen.

So mögen denn auch in dem neuen Kampfe überall die Freiheitsfahnen im Winde flattern und uns zum Siege führen. Für die Sozialdemokratie, für die Siff 2!

Zur Löbe-Rundgebung

Am Freitag in der Jahrhunderthalle treten die Sportler wieder um 8 Uhr im Vorzuge an. Kleidung nach Möglichkeit weiches...

Die Mannschaftsmeisterschaft im Ringen

Am letzten Sonntag begann in der Turnhalle, Stegninger Straße, der Bezirk Breslau mit seinen Serien-Mannschafts...

Am letzten Sonntag begann in der Turnhalle, Stegninger Straße, der Bezirk Breslau mit seinen Serien-Mannschafts...

Am letzten Sonntag begann in der Turnhalle, Stegninger Straße, der Bezirk Breslau mit seinen Serien-Mannschafts...

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer

Bezirk 1. Am 30. Oktober fand in Sacrau im Lokal von Schreiber der Bezirksstag statt. Von 26 Ortsgruppen waren...

Schachnachrichten

Schachnachrichten. Am 2. Oktober begannen die diesjährigen Abteilungsweitschachspiele. Es kämpften in diesem Jahre acht...

Amlicher Wetterdienst

Des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kriekern (Nachdruck auch mit Querschnitts versehen) Nachdem durch den Einbruch...

Schachliches

Das bekanntste Schachturnier der Welt, das in Breslau abgehalten wird, hat...

An die Angestellten!

Volk und Land stehen im Zeichen einer schweren Staats- und Wirtschaftskrise. Eine durch die Nationalsozialisten in den Sattel gehobene, vom Volke unabhängige Regierung hat die wirtschaftliche und politische Freiheit der Angestellten, Arbeiter und Beamten in höchste Gefahr gebracht.

Staatsgewalt geführt werden, dürfen die Angestellten nicht schlafen. Die getrennt marschierenden Gruppen der Reaktion sind entschlossen, nach dem 6. November ihren sozialen Vernichtungskampf gegen das arbeitende Volk gemeinsam durchzuführen.

Sozialrentner und Kriegsbeschädigte wählen Liste 2!

Außer den Arbeitslosen sind die Kriegsbeschädigten und Sozialrentner am härtesten durch die Notverordnungspolitik der Barone betroffen worden. Es ist daher kein Wunder, daß in allen Aufrufen, Reden und Versammlungen diese Volksschichten...

Zugeständnisse, die kaum wirksam werden können, nicht wieder gutzumachen. Nicht nur, daß die Rentenleistungen stark absanken, auch die Zuschüsse der Fürsorge wurden stark eingeschränkt, weil die Notverordnung ausdrücklich vorsah, daß die Leistungen der Fürsorge wesentlich und mindestens um 15 Prozent zu senken seien.

Ein Neinfall nach dem anderen

Deutsche Kontingentierungs-Kommission in Dänemark abgelehnt Kopenhagen, 2. November (Eig. Drahtber.) Nach beständigen Verhandlungen mit Vertretern des dänischen Außenministeriums und der dänischen Wirtschaft hat die deutsche Kontingentierungs-Kommission...

Streik

der Berliner Maßschuhmacher Die Berliner Maßschuhmacher sind in den Streik getreten. Die Arbeitgeber hatten das Lohnabkommen zu Ende Oktober mit der Forderung auf Kürzung der Löhne um 15 Prozent gefordert. Nachdem sie den Schlichtungsausschuss angerufen, der die Tarifparteien zum 3. November zu Verhandlungen geladen hat...

Der Arbeitskonflikt bei der Berliner Bettfedergesellschaft

Es durch die bekannte Notverordnung entstanden, die die Entlohnung der Arbeiter der Bettfedergesellschaft an die der Reichsarbeiter anknüpfte. Die Gewerkschaften haben sich gegen die Vorbeschlüsse der Arbeitgeber nicht ohne Erfolg gewehrt. Es gelang ihnen wenigstens, die beschlossene Ausführung der Notverordnung zu verhindern. Trotz alledem ist der Konflikt der Arbeiter gegen die fortgesetzten Lohnabschnitte nur allzu begründet.

Flugzeugunglück im Speßart 5 Teile

Auf dem Fluge von Nürnberg-Fürth nach Frankfurt a. M. verunglückte gestern mittag gegen 12,50 Uhr das Flugzeug D 724, Typ Junkers F 13, bei Echterpsahl in der Nähe von Rohrbrunn im Speßart. Fünf Insassen kamen dabei ums Leben. Die Namen der Verunglückten sind: Oberregierungsrat Weidner und Regierungsrat Eichenbach vom Landesfinanzamt München, der kaufmännische Angestellte Richter von der Münchener Flugleitung und die Besatzung Flugzeugführer Anton Schulz und Funkermaschinenist Karl Frank. Nach den bisherigen Feststellungen ist das Flugzeugunglück wahrscheinlich auf den Bruch eines Flügels zurückzuführen. Wenigstens fand man diesen Flügel einige hundert Meter von der Stelle entfernt, an der das Flugzeug förmlich in den Boden eingegraben liegt. Das Flugzeug ist im dichten Gehölz abgestürzt. Die Wipfel einiger Bäume sind bei dem Sturz glatt abgerastert worden, während der schwere Flugzeugkörper tief in die Erde geböhrt hat. Einer der Getöteten liegt noch unter dem Flugzeug, während drei Insassen in der Nähe des Flugzeuges aufgefunden wurden. Nach dem fünften Verunglückten, der nach Auslage einiger dortiger Bewohner abgesprungen sein soll, wird noch geforscht. Der an die Unfallstelle entsandte Sonderberichterstatter des W.F. meldet: Das furchtbare Flugzeugunglück bei Echterpsahl im Speßart ereignete sich genau um 12,50 Uhr. Das Flugzeug, das um 11,55 Uhr in Fürth gestartet

war, hatte kurz hinter dem Frankfurter Flughafen durch Morzezeichen seinen Standort gemeldet. Von da ab ließ es nichts mehr hören.

Ein Waldarbeiter vernahm kurz vor 12 Uhr Motorengeräusch; das Flugzeug war aber wegen des dichten Nebels über der Talmulde nicht zu sehen. Um 1,20 Uhr hörte der Arbeiter einen leichten Knall, dem wenige Sekunden später ein starkes Krachen folgte. Die Absturzstelle liegt mitten im dichten Tannenwald. Es dauerte lange, ehe man an die Unglücksstelle herankam. Erst gegen 6,15 Uhr konnten die ersten Leichen geborgen werden. Es ist anzunehmen, daß alle fünf Insassen sofort tot waren.

Um diese Tageszeit lagern über dem Speßart bei regnerischem Wetter immer dicke Nebelschwaden, die schon vor zwei Jahren, etwa zwei Kilometer von der heutigen Unglücksstelle entfernt, einem englischen Privatflugzeug zum Verhängnis wurden. Die Maschine wurde damals völlig zerstört, die beiden Insassen kamen ohne Schaden davon.

Nach einer Meldung der Flugleitung, die den Unfall im Speßart untersucht, sind die Leichen aller Insassen aufgefunden worden. Die drei Passagiere lagen in der Kabine, die beiden Besatzungsmitglieder im Führerhoh. Zur Zeit des Unfalls war die Sicht so schlecht, daß auch die Augenzeugen über den Hergang des Unfalls nur Vermutungen Ausdruck geben können.

Doppelraubmord in Köln

Ein Gelbbriefträger erschossen

In einem Hause am Rudolfsplatz in Köln wurden gestern nachmittag die ledige 61 Jahre alte Ulla Korte und der 48 Jahre alte Gelbbriefträger Oberpostschaffner Clemens Körner ermordet aufgefunden. Beide waren durch Kopfschüsse getötet. Nach den polizeilichen Feststellungen ist die Tat in den frühen Morgenstunden zwischen 8,15 und 8,30 Uhr von einem bisher unbekanntem Mann, der sich als Student der Medizin ausgegeben hat, verübt worden. Der Mörder hat sich am Tage zuvor bei der Korte als Untermieter eingefügt und hat einen Geldbetrag an seine eigene Adresse geschickt. Als ihm dieser Betrag gestern morgen in seine Wohnung gebracht wurde, hat er den Gelbbriefträger durch einen Kopfschuß getötet und ihm die Geldtasche mit dem Inhalt geraubt. Ulla Korte, die im Nebenzimmer mit dem Aufräumen der Wohnung beschäftigt war, wurde gleichfalls durch einen Kopfschuß getötet. Bisher fehlt von dem Täter jede Spur, so daß auch eine Personalbeschreibung vor der Hand nicht erfolgen kann.

Zu dem Doppelraubmord wird noch bekannt, daß der erschossene Gelbbriefträger 2800 Mark bares Geld und einen Wertbrief über 100 Franken bei sich trug. Die größte Tat kam dadurch ans Tageslicht, daß in den späteren Abendstunden ein Neffe der Ermordeten dieser einen Besuch abtrotten wollte und auf wiederholtes Klingeln keinen Einlass in die Wohnung fand. Schlimmes ahnend, rief er einen Schlosser herbei, der die Wohnungstür gewaltsam erbrach. Dem Eintretenden bot sich ein fürchterliches Bild. In einem Zimmer fand man die Leiche in einer Blutlache liegend, neben ihr hingestreckt den Gelbbriefträger, dessen Geldtasche leer war. Der Umstand, daß die Tat erst zehn Stunden später aufgedeckt wurde, erklärt sich daraus, daß der Gelbbriefträger durchgehenden Dienst hatte und erst gegen 17 Uhr vermählt wurde. Sofort nach Bekanntwerden der Tat begann sich der Polizeipräsident mit mehreren Kriminalräten an den Tatort. Für die Ergreifung des bisher unbekanntem Täters hat der Kölner Regierungspräsident eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Den gleichen Betrag und 10 Prozent des wieder herbeigeschafften Geldes hat auch die Oberpostdirektion Köln ausgesetzt.

Eine herzige Frau

Unter Giftmordverdacht wurde in Berlin-Niederschönhausen die 36 Jahre alte Architektenehefrau Erna Nerlich festgenommen. Sie soll ihren in Liegnitz wohnhaften Ehemann, außerdem einen Händler aus Berlin, zu vergiften versucht haben. Frau Nerlich gesteht die ihr zur Last gelegte Giftmischerlei, befreit aber Mordabsichten. Sie gibt vielmehr an, daß sie nur Gelegenheit gesucht hätte, die durch ihre Tat Erkrankten wieder gesund zu pflegen zu können. Im Falle des Berliner Händlers, dem Frau Nerlich als Haushälterin gedient hat, ist tatsächlich ein Mordgrund kaum erkennbar, ebensowenig bei der bei dem Ehemann in Liegnitz durchgeführten Giftmischerlei; begreiflicherweise hat sich der Architekt Nerlich in Liegnitz von seiner Frau, die er für nicht ganz normal hielt, scheiden lassen, nachdem er gemerkt hatte, was sie mit ihm mit Hilfe von Nitrobenzol und allen möglichen giftigen Pulvern, die sie ihm ins Essen schüttete, „spielte“. Auch der Berliner Händler ist wieder gesund geworden, trotz der mit Nitrobenzol getränkten Katalobahnen, die ihm Frau Nerlich in ihrer gefährlichen Liebe angeboten hat.

Gerettet

Die aus 18 Mann bestehende Besatzung des auf der stürmischen Oise überfällig gewordenen ausländischen Motorbootes ist in vollkommenem Zustand von einem deutschen Segler an Bord genommen und an Land gebracht worden.

Urteil im Devlienprozeß Weber

Das Schnellschöffengericht Berlin verurteilte heute in dem seit dem 19. Oktober verhandelten großen Devlienschieberprozeß Weber den Kaufmann Weber zu einem Jahr Gefängnis und 8000 Mark Geldstrafe, den Holländer Trompeter zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe und den Bankier Freiser zu sechs Monaten Gefängnis und 45 000 Mark Geldstrafe. Von den übrigen acht Angeklagten wurden zwei freigesprochen, die übrigen erhielten Gefängnisstrafen von drei bis sechs Monaten und Geldstrafen von 300 bis 1000 Mark.

Der ewige Zwickel

Flaubert wird freigesprochen — Wie man vor 75 Jahren um die „Moral“ kämpfte

Nach der Univeritätszeit, nach mehrjährigen Reisen in Italien, Ägypten, Palästina und Klein-Asien veröffentlichte der 35jährige französische Schriftsteller Gustave Flaubert sein erstes Buch: „Madame Bovary“. Der Roman erschien in sechs Lieferungen der „Revue de Paris“ vom 1. Oktober bis zum 15. Dezember 1856. Herr Pichat, Leiter der Zeitschrift, eines regierungsfeindlichen Organs, das schon zweimal verworfen worden war und deshalb sehr auf der Hut sein mußte, nahm Anstoß an dieser Szene: der Liebhaber steigt mit Frau Bovary in eine Droschke und läßt die Vorhänge herunter. Leider waren die Redakteure der „Revue de Paris“ im Streichen offenbar nicht sehr geübt: sie strichen ein paar Worte zu spät, die ominöse Droschke trat noch auf — es war gerade noch soviel stehen geblieben, daß die durch die Anmerkung aufmerksam gemordenen Zensoren die Fährte aufnehmen konnten. Und die Fährte war gut. Da war viel zu schnuppern: Darstellung der Ehebrüche einer Provinzlerin in allenmöglichen Details; mikroskopische Zerfäherung eines Seelengewebes, in dem die religiöse Erziehung und der erotische Hunger die innigste Verbindung eingegangen sind; Protokollierung eines Provinz-Dahins in seiner ganzen Enge, seiner ganzen Komik, seiner ganzen Trostlosigkeit. Diese Fährte führte also direkt zur Anklage auf Unmoral und Irreligiosität.

Der Herr Staatsanwalt Binard las — und Flauberts Roman wurde gotteslästerlich. „Ich treffe in einem Roman nicht gern heilige Dinge an“ — rief der Staatsanwalt, den die Schilderung einer letzten Selung besonders hofierte. Unter anderem las Herr Binard auch: „Dann ließ sie mit einer einzigen Bewegung ihre Kleider fallen.“ — und Flauberts Roman wurde unsittlich. Der Staatsanwalt legte ein Unsittlichkeitsverzeichnis an — es wurde sehr lang. „Wer liest — fragte emphatisch das Anklageplädoyer — den Roman des Herrn Flaubert? Männer der Politik oder Wirtschaft? Nein. Er wird in die Hände von jungen Mädchen und Frauen fallen.“ Dann fand Herr Binard auf, Anwalt Flauberts, und redete viele Stunden — und schließlich den Roman nicht weniger als der Staatsanwalt. Auch der Advokat Binard erkannte den moralischen Maßstab an — und deutete die „Madame Bovary“ als moralisches Menetekel. Welch Scheingebiet vor den Schranken! Der eine greift den Roman an als unmoralisch, der andere verteidigt den Roman als moralisch; und er ist weder moralisch noch unmoralisch, sondern (wie Zola es ausdrückte) „die getreue Wiedergabe des Lebens“. Allerdings rang der Verteidiger den Ankläger ausgezeichnet nieder: indem er die aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze rehabilitierte durch vollständige Zitate. Aber er jagte nicht: Flaubert stellt dar, was ist. Er jagte nicht: Flauberts Roman ist nicht zu messen an irgend welchen Idealen irgendeiner Gesellschaft, sondern nur an der Realität, die er malen wollte. Sein Werk ist gut, weil es wahr ist; man muß verzichten, in diesem Roman eine moralische oder religiöse Erziehungnahme zu sehen.

Und der Gerichtshof sprach Flaubert frei — weil er Flaubert falsch sah. Das Urteil ist ganz gekümmert auf das moralische Pathos von Staatsanwalt und Advokat. Von den vielen „Ja Anbetraht, daß“, die das Urteil dem Freispruch vorausschickt, ist der wichtigste große Teil eine Aufzählung der Vergehen Flauberts, so daß man schon alle Hoffnung fassen darf; bis der Angeklagte dann ein „Ja Anbetraht, daß Gustave Flaubert den guten Sitten und der religiösen Moral seine Ehrerbietung erweist“ — aus der Patsche zieht. Dies Urteil ist aber noch mehr als ein falsch begründeter, erfreulicher Freispruch. Es ist denkwürdig als offizielle Bestätigung einer Keilheit — die auch heute noch ihr Unwesen treibt. Dies Urteil legt fest: „daß die Literatur wie jede Kunst, wenn sie ihre edle Sendung erfüllen will, das Leben in makelloser Reinheit wiedergeben muß“. Dieser Kunst-Katechismus besteht: „Die Mission der Literatur sollte es sein, dem Geist zum Schmutz und zur Erhöhung zu dienen“. Zu gleicher Zeit schreibt Flaubert in einem Brief: „Die Kunst verlangt weder Geselligkeit noch Höflichkeit, nichts als Ehrlichkeit“. Der Mann, welcher der Kunst „durch eine unerbittliche Methode die Präzision der Naturwissenschaften zu verleihen“ suchte, wurde freigesprochen; weil er lange und gewissenhaft an seinem Buch gearbeitet habe; weil die inkriminierten Stellen gering seien im Verhältnis zum Gesamtumfang des Werkes; weil er der herrschenden Moral seine Reverenz erwiesen hätte.

Weshalb Gustave Flaubert in Wahrheit vor Gericht stand, blieb während des ganzen Prozesses verborgen. Nur der Angeklagte wußte es: „Ich habe also gelernt: daß die soziale Gesundheit eine sehr ernste Sache ist.“ Inzwischen ist die „Madame Bovary“ literarisch fatalisiert worden: als der Auftakt des europäischen Naturalismus; als die Wendung von der Romantik über Hugo und von dem romantizierenden Realismus Zolas zu Zola, dem unerbittlichen Darsteller der europäischen Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts. Madame Bovary wird von Lesarten geliebt und von Historikern geistesgeschichtlich einrangiert; das Prinzip, das in ihr lebt, wird

heimlich und öffentlich angefeindet wie vor fünfzig Jahren. Das Prinzip heißt: Tatsachen nicht wegheucheln, sondern in der ganzen Schärfe ihrer Umrisse aufzeichnen; nicht angenehm, sondern richtig schreiben!

Neuer Präsident des Internationalen Arbeitsamtes



Auf der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Madrid wurde der indische Regierungsvertreter Sir Atul Chatterjee zum Präsidenten des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes ernannt.

Gronau in Athen gelandet

Die deutschen Weltflieger teilten in einem Radiotelegramm ihre Landung im Hafen von Athen mit. Das Dornierflugboot hat sein heutiges Tagesziel um 11,50 Uhr erreicht. Von Gronau will als nächstes Tagesziel Rom anliegen. Zur Beendigung seines Weltfluges liegt dann noch als letzte schweres Hindernis die Ueberquerung der Alpen vor ihm, die mit Rücksicht auf die vorgeschrittenen Jahreszeit bei schlechter Wetterlage nicht möglich ist. Die Flieger werden in Rom deshalb besonders sorgfältig Wettermeldungen einholen.

König Dickerle und sein Gönnerchen

Von G. Th. Rotman



Da wurde Hieremitt blutrot vor Scham: „O, Bui“, rief er, das hab ich ja vollkommen vergessen! Schnell, schnell, ich will sofort zurück, nach dem kleinen blinden Mädchen!“ weinte er und rief vor Verzweiflung mit dem Fuß auf den Boden. „Ja, das geht aber nun nicht so einfach“, sagte die Schwalbe. „Da drüben ist nun Winter, und es wird kein einziger Vogel da sein, der dich jetzt zurückbringen will. Es ist nur eine Gelegenheit: die Zugvögel. Sie kann dich vielleicht mitnehmen, zur anderen Seite des Meeres. Aber weiter geht sie nicht und was willst du da in dem fremden Land anfangen? Du wirst vielleicht niemals wieder nach Hause kommen!“ „Und ich gehe doch!“ erwiderte Hieremitt.



Sie gingen nun zusammen zur Fuchsgans. „Zwei Zweige nicht“, sagte die Gans, „aber das kleine Kerlchen will ich wohl mitnehmen. Aber wozu ein Wagnis für solch kleines Kerlchen!“ Der Karabu setzte Hieremitt nun mit dem Schnabel auf den Rücken der Gans. „Geh nur zu Dr. Meswiffer“, sagte König Dickerle; „ich werde wohl im Frühjahr mit den Störchen kommen.“ Und dann schlug die Gans mit den Flügeln und flog schnell gen Norden, zum Mitteländischen Meer.